Das Abonnement beträgt:
1⅓ Rt. für ¼ Jahr in Berlin.
1⅔ „ „ „ incl. Postzuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit 2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 23. Berlin, Dienstag, den 29. Januar. **1850.**

Wir ersuchen unsere geehrten Freunde uns von dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen möglichst schnell Nachricht zu geben.

Die Redaction.

Rundschau im Januar 1850.

Wiederum brennt im Mittelpunkte des Preußischen Staats, in dessen Lebensorganen, eine zweifelhafte Krisis. Wie im November 1848 wo es galt Thron und Vaterland, als sie schon hinabglitten in den März-Abgrund, noch zu retten aus dem Verderben, wie im April 1849 wo das selbst versinkende Frankfurt uns mit hinabreißen wollte in den Schlund der Revolution, so sind wir auch im Januar 1850 wieder an einem Scheidewege angelangt der rechts wie links eine lange Bahn, eine weite Aussicht eröffnet, eine Aussicht des Heils und des Unheils, der Ehre und der Schande. Wie damals so ist auch jetzt die Loosung: Preußens Krone und Staat oder Revolution, — muthiges Ermannen oder feige Concession, — Sieg und Ehre oder selbstverschuldeter Fall. Wie damals so winken auch jetzt die Centrums-Männer, deren Religion der französische Constitutionalismus ist, nach links hin wo die Rothen hohnlachend ihrer warten. Wie damals so reißen sie auch jetzt die halbherzigen Conservativen mit sich fort, welche den Wahrheiten, die sie wissen, die sie erfahren haben, die sie mit Händen greifen, dennoch nicht glauben, die den unwandelbaren Polarstern für einen schwimmenden Nebelfleck, die treue Magnetnadel für eine extreme paradoxe Schwärmerin, die Wetterfahne aber für einen zuverlässigen Wegweiser halten. Hoffen wir indeß mit noch größerer Zuversicht als damals daß wie damals des Königs Thron der Fels sein wird an dem die Wogen der Revolution sich brechen.

Denn — wie groß die Aehnlichkeit von damals und jetzt sein mag, der Unterschied ist noch größer.

Im November der König so tief erniedrigt daß seine meuterische Hauptstadt ihm Trotz bot und der Kern seiner Majestät, sein Amt „von Gottes Gnaden", streitig war zwischen ihm einerseits und Waldeck, Jacobi und Jung andererseits —, so tief daß Hildenhagen, der nun vergessene Lichtfreund, schon voreilig jubelte: „Die Treue der Armee wankt! Der Glanz des Hauses Hohenzollern fängt an zu erbleichen!" und daß das Herzblut der Preußischen Treue nur im Heere noch lustig schlug, auf welches aller Augen gerichtet waren. Im April so unbefestigt noch des Königs Thron, so wankend die angestammte Krone auf seinem Haupte, daß die endgültig beschließende Volkssouverainität als Herrscherin von Deutschland sich erdreisten durfte die Verleihung eines Kaisertitels ihm anzubieten, hinter welchem der Aufruhr und der Hochverrath den Ausbruch schon drohete und vorbereitete, der bald nachher blutig erfolgt ist, — so unklar noch des Königs Stellung in Deutschland daß eine solche Deputation feierlich empfangen und zur königlichen Tafel gezogen wurde, — so gering noch des Königs Ansehen in Deutschland daß, als er abgelehnt, acht und zwanzig hülflose deutsche Staaten dennoch nicht vor ihm sondern vor der im Todeskampfe delirirenden Paulskirche das Knie beugten, — so verwirrt die Begriffe der Kammern in Berlin daß ein Führer der Rechten, sein damals noch imponirendes Banner schwingend, trotzig den Holzweg nach links, die Straße nach Frankfurt, einschlug.

Jetzt dagegen der König nicht bloß auf sein in allen Versuchungen erprobtes Heer, auch auf die täglich mächtiger erwachende, täglich bewußter und vernehmlicher sich äußernde Treue aller Klassen seiner Unterthanen sich stützend, mächtig im Innern Preußens wo die zerstreuten Parteien seiner Feinde an eine Schilderhebung nicht zu denken wagen, mächtig in Deutschland wo er Hand in Hand mit dem sieggekrönten Oesterreich eine neue Bundesgewalt, die Fortsetzung der vorigen und den Keim der künftigen, gegründet hat, getragen und gehalten im Innern Preußens wie in Deutschland von der intensiv und extensiv wachsenden Partei derer, die Preußen auf die Felsenbasis seines Throns, Deutschland auf deutsches Recht gründen wollen, und nun eben im Begriff, übergehend in eine energische Offensive gegen die Revolution, auch auf dem Gebiete des preußischen Staatsrechts das Fundament zu legen zu dem großen Reparaturbau der nach dem schmachvollen März-Umsturze unsre Zukunft tragen soll.

Denn dieses Erwachen des Königthums zu selbstständigem Handeln in dem Augenblicke wo von dem näher rückenden Verfassungs-Eide das königliche Gewissen berührt wird, dieses Hervortreten der Monarchie von hinter einer Wolke, dieser electrische Schlag: es giebt noch — nein, es giebt wieder — einen König von Preußen — ist der eigentliche Kern der Botschaft vom 7. Januar, bildet mehr als die einzelnen Bestimmungen, die sie vorschlägt, ihren constitutionellen Inhalt.

Wohl ist es wichtig daß die Regierung nun offen Partei nimmt für das unter die Füße der Revolution getretene Recht, indem sie die Fideicommisse, somit aber Eigenthum und Familie, Treue und Glauben, aufrecht hält und dem geistlos alle Bausteine des Staats pulverisirenden Atomismus ihr: Bis hieher und nicht weiter! zuruft. Das Recht ist ein lebendiger Organismus. In einem seiner Glieder verletzt leidet es in allen. Hergestellt und anerkannt in einem theilt es das erfrischte Prinzip des Lebens und Gedeihens allen mit. Ja, diese Solidarität, diese Gesammtbürgschaft welche die Rechte aller Glieder in Eins zusammenfaßt, welche kein Recht haßt und verletzt sondern alle, alle liebt und pflegt, welche grundconservativ ist und daher das Alte, das Uralte, so lange ein Lebensfunke darin ist, erhält aber es nie veralten, nie das berechtigte Neue erdrücken läßt, wie England uns dies Alles vor Augen stellt, — dieser staatenbildende Gemeinschaftstrieb, der, indem er Alles erhält, nur die Isolirung tilgt und so den Staat, der als ständischer Staat noch in Sonderthum auseinander fiel, in Ein Ganzes, in Eine Persönlichkeit zusammenschließt, — diese politische Realisirung der Worte des Apostels: „So Ein Glied leidet so leiden alle Glieder mit, und so Ein Glied wird herrlich gehalten so freuen sich alle Glieder mit", — diese ist eben das Wesen, die Seele des wahren Constitutionalismus zu dem die Rundschauen, ungeirrt durch seine französischen Zerrbilder, sich bekennen, des wahren Constitutionalismus der allein den falschen, den revolutionairen bannen kann. Denn dieser, der falsche, ist nur mächtig durch die gestohlenen und verhunzten Ideen des wahren — man kann sagen: des englischen — Constitutionalismus. Es greift also dieses gerechte Werk unserer Regierung weit hinaus über die gefährdet gewesenen und nun wieder von ihr anerkannten Rechte der Fideicommiß-Interessenten, ja, weit hinaus über die Fragen von der staatsrechtlichen Bedeutung der Fideicommisse. Es ist eine Schlacht für das Recht überhaupt und gegen die Revolution überhaupt die auf diesem Gebiete angenommen ist und hoffentlich gewonnen wird. Denn wie in keiner andern Zeit verbürgt in unserer in Halbheit und Feigheit schwimmenden Zeit der Muth auch den Sieg.

Ein halbes Jahr lang hatte die Regierung fast unthätig zugesehen wie die Urkunde des fünften December, dieser Fremdling der aus dem Sommer 1848 in die nachnovemberliche Zeit sich verirrt hat wie eine Eule oder Fledermaus in die Mittagssonne, sich durchschlug durch das Labyrinth der Fractionen, Abtheilungen, Ausschüsse und parlamentarischen Abstimmungen, welche in den gesundesten Staaten kein gedeihliches Resultat haben können ohne die kräftige Leitung einer Regierung die da weiß was sie will, geschweige denn in unsern grundkonfusen Zuständen die durch glorreiche Märztage, Verheißungen, Concessionen, glorreiche Novembertage, Reaction und neue Concessionen so verwirrt worden sind daß Freund und Feind, als brennete ein Krieg Aller gegen Alle, bunt durch einander laufen und die Partheien immer noch Mühe haben in ihren ersten Anfängen sich zu orientiren und zu organisiren.

Da tritt in der elften Stunde die Regierung hervor mit leitenden Ideen, mit Ideen die gewiß nicht nach März-Errungenschaften und Kopfzahl, nach Waldeck und Hansemann, auch nicht nach Beckerath und Camphausen schmecken. Für die Häupter der vormals reichsunmittelbaren Häuser wird die Politik nicht blos sondern auch die Gerechtigkeit angerufen, die, wie der Minister v. Schleinitz in diesen Tagen trefflich sagte, mehr ist als die Politik. Ihr Recht, in der Reichs- und Bundes-Verfassung wurzelnd, wird geltend gemacht. Man sieht, wir befinden uns auf „vorsündfluthlichem" Boden. Die Regierung hat den Muth, von einer „volksthümlichen Aristokratie" zu reden, Angesichts einer Demokratie, der zwar die Volksthümlichkeit sichtlich abschmilzt wie der Schnee von den Dächern im Frühjahr, die sich aber doch immer noch sehr mausig macht. Die „Städte" tauchen wieder auf — ein Wort, ein Begriff, den der Entwurf der neuen Gemeinde-Ordnung vertilgen will. Sie werden als „eine bedeutende Macht im Staate" anerkannt und sollen als Städte in den Kammern vertreten werden. Die Revolution geht bekanntlich davon aus daß die Menschen hauptsächlich nach der Stückzahl in Betracht kommen. Sie findet daher ein eigenes Vergnügen daran auseinanderzureißen was zusammengewachsen ist und zusammenzupferchen was nicht zusammen will. So tilgt sie am wirksamsten allen feudalen Wust, das heißt, alles organische Leben und alle Freiheit. Die königliche Botschaft dagegen erkennt die bestehenden Kreise als natürliche Elemente der Wahlbezirke an.

Wahrlich, fruchtbare Keime, Keime mächtiger Rechtsbildungen, Keime aus denen Bäume Gottes erwachsen können unter denen die Vögel des Himmels wohnen, aber zarte Keime wagt die Regierung einzusenken in die durch viele Jahre geistloser Büreaukratie und durch ein Jahr toller Revolution verwüsteten Gefilde. Möge Gottes Sonne und Regen diesen Keimen günstig sein! Mögen zunächst wir, die Söhne des Vaterlandes, unsrer Pflicht nicht fehlen sie zu schützen gegen die wilden Thiere die sie zertreten oder abfressen möchten!

Wer einen lebendigen Eindruck haben will von der hohen Wichtigkeit dieser That der Regierung der halte die Nr. VIII. der königlichen Botschaft, — die Composition der ersten Kammer —, zusammen mit einigen der markantesten Phrasen der Urkunde vom 5. December, z. B.: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht Statt" u. s. w. Der Effect, — so hochwichtig, so furchtbar wichtig der Gegenstand ist, — grenzt an das Komische. Wer wird, wenn Nr. VIII der Botschaft in die Urkunde vom 5. December eingerückt ist, diese Urkunde noch „Charte Waldeck" nennen dürfen? Dieser Witz, — jetzt leider kein Witz sondern eine nur zu geschichtliche Wahrheit, — hat dann seine Pointe verloren. Ein mächtiger Gährungsstoff ist nicht allein in diese Urkunde, er ist in unsre ganze constitutionelle Entwickelung, in die Zukunft Preußens und Deutschlands geworfen.

Den tiefen fressenden Schaden Preußens ferner, die schwere Krankheit der Justiz, bringt die Regierung, wie von so muthigen und rechtlichen Staatsmännern zu erwarten war, offen zur Sprache. Unser heiligstes, urältestes Grundrecht, unser Recht auf deutsche Rechtspflege ist schmählich verletzt so lange wir keinen Schutz finden können für unsere wichtigsten Interessen, für die Interessen die mehr sind als Interessen, für das Herzblut unsres staatlichen Lebens. Was hilft es mir wenn mein Geld und Gut gegen Diebe, wenn mein Leib und meine Ehre gegen Beleidiger geschützt ist und mein Vaterland keinen Schutz gegen Aufrührer und Hochverräther findet, wenn mein König und seine Majestät — die auch mein Kleinod ist — bloß gestellt ist denen die diese Majestät täglich schänden, die diese Quelle alles Rechtsschutzes und aller Ehre im Staate ungestraft mit revolutionärem Kothe besudeln?

Endlich dem Eide, — dieser zarten Frage, — sieht die königliche Botschaft mit dem Muthe des guten Gewissens ins Angesicht. „Dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam" — diese Worte der Urkunde vom 5. December konnten und mußten zwar dem bestehenden Rechte gemäß gedeutet werden und geben dann einen an sich unverfänglichen Sinn. Aber ihre Fassung hat doch manchen treuen Unterthan beunruhigt. Sie klingen als sollte die Verfassung als zweiter König neben den König auf den Thron gesetzt werden, als sollte es künftig zwei Treue'n und zwei Gehorsame, etwa zur Auswahl, geben. Und diese Mißdeutung wird noch gefährlicher wenn man, allerdings dem einfachen Wortsinne entgegen, unter Verfassung nicht die gesammte Verfassung des Landes bestehend aus dessen ganzem geltenden Staatsrechte sondern nur die vereinzelte Urkunde vom 5. December versteht. Auch läßt sich nicht in Abrede stellen daß der weitverbreitete pseudoconstitutionelle Aberglaube diese Deutungen begünstigt. Geht ja doch dieser Aberglaube in seiner Consequenz, — unbekümmert um Geschichte und gesunde Vernunft, wie aller Aberglaube, — so weit den König als Geschöpf, mindestens als Vasallen, dieser Urkunde zu behandeln. Dagegen: „dem Könige Treue und Gehorsam und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung," diese in der Botschaft empfohlene Form bringt die Sache ins Klare. Der Dualismus ist getilgt, denn die Beschränkung des Gehorsams, die das Recht selbst — und was dem gleichbedeutend ist: die Verfassung in ihrer Gesammtheit — mit sich bringt, ist kein Dualismus, wenigstens kein andrer als der schon im Begriffe jedes Eides liegt. Unrecht beschwören ist nicht nur sündlich sondern auch ein Widerspruch in sich. Der König, der meine eidliche Huldigung fordert, unterwirft sich eben dadurch der Beschränkung meines Gehorsams die aus Gott, der Quelle alles Rechts, hervorgeht, der Beschränkung daß der Schwörende Gott mehr zu gehorchen hat als den Menschen. Ja, die Treue gegen den König selbst enthält schon diese Beschränkung des Gehorsams. Denn untreu nicht nur gegen Gott sondern auch gegen den König ist wer dem Könige mehr gehorcht als Gott, wer um des Königs willen das Recht bricht. So sichert also die Botschaft dem Könige seinen rechten wahren und vollen Eid. Sie giebt aber auch der Verfassung was der Verfassung gebührt: „gewissenhafte Beobachtung". Sie verwirft mit Recht eine mißverständliche Personification der Verfassung. Die Verfassung ist die Summe des geltenden Rechts und der Eid das Recht gewissenhaft zu beobachten ist ein rechtmäßiger, ein guter Eid, ein Eid der nur das wozu wir Unterthanen ohnehin verpflichtet sind feierlich und öffentlich feststellt. „Die Rechte und Gewohnheiten dieses Königreichs" darauf schwört der König von England. Zu dem Irrthume, als werde gerade nur diese Urkunde beschworen mit Ausschluß des daneben geltenden Rechts oder der sie später abändernden Gesetze, giebt wenigstens die Eidesform der Botschaft nicht die mindeste Veranlassung. Und Widersprüche der Verfassungs-Urkunde mit sich selbst und mit andern bestehenden Rechtsnormen sind zwar an sich ein Uebel, stehen aber zu dem Eide in keiner Beziehung, der seiner Natur nach solche Widersprüche nicht lösen kann, so wenig als die Leistung eines einfachen Unterthanen-Eides dadurch unzulässig wird daß man gewiß weiß, die Obrigkeit werde in ihren Befehlen und Gesetzen mit sich selbst in Widerspruch gerathen, was bekanntlich allen menschlichen Obrigkeiten begegnet.

Unabhängig von diesen Erörterungen über die Natur und den Sinn des Verfassungs-Eides ist jedoch die Frage ob und namentlich wann es rathsam und weise und nothwendig ist diesen Eid zu versprechen, zu fordern und zu leisten. Daß der Verfassungs-Eid einen Abschluß des Verfassungs-Werkes bezeichnet und nur dann angemessener Weise geleistet werden kann wenn ein solcher Abschluß mit einigermaaßen befriedigender Aussicht auf Haltbarkeit und Dauer zu Stande gekommen ist, darüber sollten alle Partheien einverstanden sein. Als bloßen coup, als einen Zug auf dem Schachbrett der Politik, als ein Mittel nach dieser oder jener Seite hin Effect zu machen, sollten gewissenhafte Männer, geschweige denn Christen ihn nicht fordern und die Regierung ihn nicht anordnen. Es wäre dieß ein Mißbrauch, eine Entweihung des Eides, mag auch dessen Inhalt an sich noch so unverfänglich sein. Nun sind wir aber — darin dürften wohl alle Partheien, wenn sie ihres Herzens Meinung sagen, übereinstimmen, — bei einem solchen einigermaaßen befriedigenden, Dauer und Haltbarkeit versprechenden Abschlusse bei weitem noch nicht angelangt. Die ganze Christenheit laborirt in den Geburtsschmerzen des Provisoriums und wird noch lange Zeit brauchen auf natürlichem oder künstlichem Wege ein gesundes, lebensfähiges Kind zur Welt zu bringen. Uebereilung könnte das Kind tödten. Nicht einmal zum Laufen hilft Schnellsein, sagt das Sprichwort, — noch weniger zum Gebähren, setzen wir hinzu. Deutschland, ohne welches Preußen sich nicht definitiv constituiren kann, ist erst am Ende des Endes der Träume von 1848 angelangt, wie die sagen, die trübe in die Zukunft sehen, — am Anfang des Anfangs neuer Schöpfungen! erwiedern die Hoffnungsvollsten. Erfurt steht, so nahe es auch herangerückt ist, doch noch immer als eine dunkle Masse, in Dämmerung und Nebel gehüllt, am politischen Horizont. Niemand kann erkennen ob es ein stattliches Wohnhaus, eine Felsennase oder gar nur ein schwarzer Schatten ist. Die Wahlen nach Erfurt, die eben während wir dieses schreiben vor sich gehen, schweben wie ein glimmender Docht zwischen Seyn und Nichtseyn. Nicht bloß die der Gluth dreifarbiger Begeisterung nicht günstige Januar-Kälte, sondern noch mehr die tief unter den Gefrierpunkt gesunkene Lust am Wählen, besonders in dem Kern der alten Preußischen Lande, bedroht sichtlich ihr junges Leben. Und unsre Verfassungs-Urkunde selbst ist weit davon entfernt mit dem Jubel begrüßt zu werden der das kurze Leben der Charte Ludwigs des Achtzehnten — funfzehn Jahre — eröffnete, oder das um zwei Jahr längere der Charte verité Louis Philipps. Sollte es jemand im Preußischen Staate geben der das Leben unserer Charte auch nur auf halb so viel Jahre assecurirte? Rechts von den Conservativen links von den Demokraten perhorrescirt wird sie von der Masse in der Mitte als ein unsicherer verfehlter Versuch der dem Könige aufgedrungen worden, als ein pis-aller, aus Indifferenz geduldet. Die zweite Kammer beruht auf einem Wahlgesetze das im Drange des Moments, als der Aufruhr an allen Ecken Deutschlands in helle Flammen aufschlug, improvisirt wurde, dessen Princip die etwas — nur wenig — veredelte Kopfzahl ist und das keine Partei, am wenigsten wohl seinen eignen Urheber, befriedigt. Und über die erste Kammer sollen nun erst die Berathungen, in Folge der königlichen Botschaft, eröffnet werden, vier Wochen vor dem unabwendbaren Ende der Kammersitzungen. Es mag unvermeidlich gewesen sein daß dem so ist. Entwickelungs-Krisen wollen ihre Zeit haben. Aber die Mitte der Krise ist kein Abschluß. Sie ist das Gegentheil des Abschlusses. Es ist auch nicht wahr wenn man behauptet das Volk erwarte mit ungeduldiger Sehnsucht den Abschluß des Verfassungs-Werkes und als den Abschluß bezeichnend den Eid auf die Verfassung. Das Volk weiß und greift mit Händen daß dieser Eid den jetzt ganz unmöglichen Abschluß nicht bringen kann. Es weiß und greift mit Händen daß es auf ganz andere Dinge ankommt, namentlich auf kräftiges Regiment, auf unparteische und energische Rechtspflege, auf Beseitigung der leider noch sehr bedeutenden Reste des wüsten Revolutions-Wesens. Und das Alles wissen die auch die auf Abschluß und Eid hindrängen, dabei aber etwas ganz anderes als einen wirklichen Abschluß — eher das Gegentheil — im Auge haben.

Doch wir haben den eigentlichen Schwerpunkt der Botschaft vom 7. Januar noch kaum berührt, das was sie zu dem macht was sie ist, das was uns berechtigt die heutige Krisis der des November und der des April an die Seite zu setzen. Dieser Schwerpunkt liegt darin daß sie eine That des Königs ist, daß sie des Königs Gepräge, des Königs Bild und Ueberschrift an sich trägt.

Preußen ist nun einmal ein Königreich, ein Königreich in einem noch ganz anderen Sinne als England oder Frankreich. Die Engländer, die Franzosen sind Nationen in der wahren, vollen, in der sittlich-politischen Bedeutung des Wortes. Allerdings ist auch ihre wie alle Nationalität von oben entstanden und nicht von unten. Sie ist von ihren Königen gestiftet, von Chlodwig der aus Franken und Galliern die Französische Nation, von Wilhelm dem Eroberer der aus Normannen und Angelsachsen die Englische Nation mit starker Hand formirt hat. Aber durch ihre Könige sind diese Nationen im Laufe der Jahrhunderte so sehr Nationen, so kräftige Nationalitäten geworden daß sie selbst nach Absetzung und Hinrichtung ihrer Könige, England ein, Frankreich zwei Jahrzehende hindurch, dennoch als mächtige Staaten geachtet und gefürchtet in Europa, ja, erobernd haben fortleben können. Nicht so Preußen. Preußen ist ein junges Königreich, ein Königreich nicht auf Nationalität sondern auf tapfere und kluge Könige von seinem ersten Ursprunge an hingewiesen, ein Königreich daher welches ohne seinen König sofort auseinander fallen würde weil seine Nationalität noch im ersten Werden und Wachsen, in ihrer Kindheit ist. Mit mehr Recht als Ludwig der Vierzehnte von sich können wir von unserm Könige sagen daß er zugleich der Staat, die Nation ist. Ohne König, mit einem machtlosen Könige, hören wir auf Staat, hören wir auf Nation, hören wir auf Preußen zu sein und fallen dem eklen Urbrei anheim in welchen das Jahr 1848 die kleinen deutschen Staaten, uns zum warnenden Exempel, großentheils wirklich aufgelöst hat und völlig aufgelöst haben würde, hätten sie an die siegreich aufstehenden Staaten, Oestreich und noch mehr Preußen, nicht zuletzt noch sich anlehnen können. Dieser Charakter des Preußischen Königthums und Preußens leuchtet erkennbar für jedermann aus unsrer Geschichte, aus unsern Gesammtzuständen, namentlich aus unserm Heerwesen hervor. Das Bewußtsein davon ist jedem Preußen, wenigstens gewiß jedem Altpreußen, vor aller Reflexion tief ins Herz geprägt und daraus entsteht und erklärt sich die auf den ersten Anblick fast wunderbare Popularität unsers Königsthums nicht blos sondern auch unsrer Armee als des Nerv's unsres Königthums, der Armee die doch, abstract betrachtet, durch ihre großen Kosten und durch die (ebenfalls wunderbar populäre) Militärpflicht schwer auf den materiellen Interessen des verhältnißmäßig kleinen und armen Landes lastet. Selbst das Taumeljahr 1848 hat nur um so heller in's Licht gestellt wie diese characteristisch-preußische Bedeutung und Popularität unseres Königthums den ganzen Staat, das ganze Volk nach allen Richtungen hin umfaßt und durchdringt. Denn als am 19. März das Königthum sich verdunkelte, da begann sofort Preußen, Staat und Volk, in Staub und Asche zu zerfallen. Nicht bloß die Regierung als solche, nicht bloß der Vereinigte Landtag, nicht bloß fast alle Stadtbehörden, nicht bloß ein großer Theil der städtischen und selbst der ruhigeren ländlichen Bevölkerung wurde fortgerissen von dem Revolutions-Schwindel, — auch die einzelnen Charactere die keinen tieferen Grund hatten, bisher notable angesehene Männer, verloren zu Hunderten allen sittlichen Halt und fallirten jämmerlich. Ja, einige Patrioten kamen völlig von Sinnen, etliche auf eine Zeit lang, etliche für immer. Es war als wäre der König nicht nur der König seiner einzelnen Unterthanen, sondern auch ihr Gewissen, ihr Character, ihre gesunde Vernunft gewesen. Preußen ohne seinen König war ein Leib ohne Seele, ein Leichnam mit allen Symptomen rasch um sich greifender Verwesung. Und wiederum als im November die Sonne des Königthums kaum über den Horizont blickte und ihre ersten Strahlen aussandte, da erhob sich mitten unter den schwierigsten Umständen Staat und Volk, dessen Seele, dessen Leben wiederkehrte, in einer patriotischen Begeisterung für seine Retter wie sie seit der Abschüttelung des französischen Jochs im Jahre 1813 nicht wieder vorgekommen war. Wären die pseudoconstitutionellen Fictionen in der ganzen Welt brauchbar und heilsam, — der Thiers'sche König der herrscht aber nicht regiert, der König der der einzige Unterthan, der einzige nicht repräsentirte Staatsbürger in seinem Reiche ist, der Ohren hat, aber nicht hören, Augen, aber nicht sehen, einen Mund, aber nicht reden darf, der König für den man in den Kirchen um das Gegentheil eines weisen Herzens, eines starken Muthes und tapfern Arms, um das Gegentheil königlicher Gedanken beten müßte, da alle diese grünen Lebenssäfte des wahren Königthums das aus trocknem Holze geschnitzte Uhrwerk des afterconstitutionellen Staatswesens nur turbiren können, — wäre aller dieser Widersinn in England oder Frankreich anwendbar, was er auch dort keinesweges ist, — dennoch müßte Preußen ihn von sich stoßen als den Tod, nicht allein seines Wohlstandes, seiner Macht, seines Rechts, seiner Freiheit, sondern als den Untergang seiner Existenz, seines Namens in der Geschichte.

Diesen concreten Charakter des Preußischen Staats muß man vor Augen haben um den gegenwärtigen Moment zu verstehen. Eben sollte die Charte Waldeck dem Preußischen Königthum wie ein Strick um den Hals gelegt, eben die Schlinge zugezogen werden, da tritt der König von Gottes Gnaden hervor und bethätigt seinen selbstständigen Willen als einen wesentlichen Factor der Verfassungs-Revision. Wie im November, wie im April schlagen ihm die Herzen seiner Getreuen entgegen, wie damals strömen ihre Beifalls-, ihre Ergebenheits-Addressen dem Throne zu. Jeder fühlt: nicht eine erbliche oder eine gewählte erste Kammer, sondern Preußisches Königthum oder französischer Constitutionalismus, das ist die Frage.

Namentlich fühlen dies mit dem sichern Tacte, der allem Glauben, auch dem Aberglauben, eigen ist, die blinden Anhänger dieses unpreußischen Systems selbst. Sie hören schon die letzte Stunde desselben schlagen. Sie wissen wie viel Terrain sie schon verloren haben, sie greifen mit Händen daß für sie und gegen Preußen, — denn Preußens König ist Preußen, — kommt es zur Entscheidung, kein Arm sich erheben wird. Da treten sie, wie die Pauls-Kirchen-Männer im April als sie ihren Bankerutt vor Augen sahen, keck an den König heran und sprechen im Namen des After-Constitutionalismus: Dies Alles — erbliche Pärs, und Fideicommisse und Staatsgerichtshof — will ich Dir geben wenn Du niederfällst und mich anbetest. Die Steuern, die finanzielle Basis des Staats, soll der König den Repräsentanten des souverainen Volks übergeben um sie, so weit es diesem beliebt, als Lehn legalisirt wieder verliehen zu erhalten. Damit hätte er dann die Illegalität unseres gesammten Rechtszustandes, die Illegalität seines Throns und seiner Krone anerkannt bis die Revolution — an trois ou quatre de la liberté vom 18. März 1848 an gerechnet — dieses Alles allergnädigst legalisirt hätte. Unser Eigenthum, unser Recht, unsre Freiheit hätte er, selbst vorangehend, durch diese furcae Caudinae hindurchgeführt. Und nur consequent, ja, relativ selbst wünschenswerth wäre es gewesen wenn er dann auch seine tapfern Retter des November, die dazu nicht taugen, beseitigt und die Koryphäen der Parthei, der als Siegerin er sich unterworfen, zu seinen Ministern — Dienern? nein, Herren! — gemacht hätte.

Diese Gefahr scheint vorüber zu sein. Möchten wir nur, welches auch der Ausgang der schweren Verwickelung des Moments übrigens auch sein mag, das selbständige Königthum als den Polarstern Preußens fest im Auge behalten. Es wird noch stehen wenn wir des wüsten Rausches von 1848 und des langen lähmenden Katzenjammers nachher uns schämen werden.

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem bisherigen Regierungs- und Schulrath Lange bei dem Schul-Collegium der Provinz Brandenburg den Character eines Geheimen Regierungs-Raths zu verleihen, und den Director des Friedrich-Wilhelms Gymnasiums in Posen, Dr. Kießling, zum Provinzial-Schul-Rath und Mitglied des Schul-Collegiums der Provinz Brandenburg zu ernennen.

Deutschland.

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Schluß der Sitzung vom Sonnabend den 26sten.

Die Kammer beschäftigt sich, wie bereits erwähnt, schließlich mit der Berathung des Gesetzentwurfes über die Orts- und Districtspolizei. In der allgemeinen Debatte erklären sich die Abg. Kisker, Kuh und von Bockum-

Dolffs gegen das Gesetz und verlangen Zurückweisung desselben an das Ministerium, wogegen es vom Regierungs-Commissar Dellus vertheidigt wird. —

Die einzelnen Artikel werden darauf fast ohne eine Discussion mit geringen Abänderungen angenommen.

Damit ist das Gesetz und seine Berathung beendet, dessen Ueberschrift lautet: Gesetz über die Polizeiverwaltung. Wir werden den Text des Gesetzes nächstens bringen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Die Botschaftsberathung wird wahrscheinlich im Anfange dieser Woche anfangen.

Zweite Kammer.

Fortsetzung und Schluß der Sitzung vom 26. Januar.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß die Art. 1, 2, 3, 6, 9, 11, 12 u. 13 (nach dem Amend. Dürre) der Regierungsvorlage angenommen, Art. 5 dagegen verworfen worden. Ueber Art. 14 (Die Mitglieder der Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue rc. Art. 107 der Verfassung.) wird namentlich abgestimmt und mit 245 gegen 66 Stimmen angenommen.

(Unter den mit Nein Stimmenden sind die Abg. Rhoden, Schaffraneck, Simson, v. Veltheim, Wunderlich, v. Vardeleben, Berndt (Nimptsch), Camphausen, Duncker, Geßler, Gorzolka, v. Hilgers 1 u. 2, Lensing, rc.)

Ebenso wird Nr. 15, — daß bis zum Erlaß des im Art. 72 vorgesehenen Wahlgesetzes die Verordnung vom 30. Mai 1849 in Kraft verbleibe — ohne Discussion angenommen.

Ein hierauf auf Vertagung der ferneren Debatte bis zum Montag eingebrachter Antrag wird nur von wenigen Mitgliedern, unter denen Beseler, v. Beckerath, Kühlwetter rc., unterstützt, dagegen der Antrag auf Fortsetzung der Berathung angenommen und geht die Kammer zu Nr. 10 der K. Botschaft (Die Errichtung eines besonderen Gerichtshofes.) über.

Dazu sind vom Abg. v. Viebahn und dem Abg. Eding Amendements eingegangen.

Nach dem Ersteren sollen: Statt des Wortes: „Gesetzgebung", „ordentlichen Gesetzgebung" und statt des Wortes: „Gerichtshof" zu setzen sein: „Schwurgerichtshof". Endlich statt der Schlußworte: „und andere Verbrechen — — Gesetz" zu setzen: „und diejenigen schweren Verbrechen, gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats, welche ihm durch das Gesetz überwiesen werden, begreift. Die Bildung der Geschworenen bei diesem Gerichte regelt das Gesetz."

Das Amendement Eding will den Artikel folgendermaßen gefaßt wissen: Es kann durch ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern zu erlassendes Gesetz ein besonderer Schwurgerichtshof errichtet werden, dessen Zuständigkeit die Verbrechen des Hochverraths und denjenigen schweren Verbrechen rc. (Der Schluß ähnlich wie im Viebahnschen Amend.)

Abg. v. Viebahn empfiehlt sein Amendement.

Abg. Tellkampf, gegen das Gesetz, weil Ausnahmegerichte stets den Geist einer bestimmten Partei athmen und sich daher auch stets ein Mißtrauen gegen sie kund gegeben; insbesondere erklärt sich der Redner aber deshalb gegen das Gesetz, weil es ihm schiene, als sei es vorzugsweise gegen die Schwurgerichte gerichtet.

Der Justizminister. Die Vorgänge der neuesten Zeit haben es genugsam bewiesen, daß Verbrechen, deren Umfang und Schwere die Sicherheit des Staats gefährden, Richtern anvertraut werden müssen, deren Intelligenz und Vaterlandsliebe hinlänglich erprobt sind. Die Schwurgerichte haben nun aber in der letzteren Zeit vielfach erwiesen, daß es ihnen bei Beurtheilung politischer Verbrechen an der nöthigen Umsicht, Unbefangenheit und Unparteilichkeit gebricht.

Bei der großen Wichtigkeit des von der Regierung vorgeschlagenen neuen Instituts, konnte dasselbe nicht auf dem Wege der provisorischen Gesetzgebung, sondern nur auf dem ordentlichen Wege geschaffen werden. Die von mehreren Seiten geäußerte Befürchtung, daß nunmehr alle politische Verbrechen vor diesen Gerichtshof verwiesen werden sollen, kann ich für unbegründet erklären. Es liegt auch in der Natur der Sache, daß ein solches Gericht nicht mit einer Menge von kleineren Vergehen überhäuft werde, sondern daß nur die schwereren, gefährlichen Verbrechen vor dasselbe gebracht werden. In die Verfassung konnte natürlich eine Specialisirung dieser Verbrechen nicht aufgenommen werden, schon wegen der in unserem Vaterlande verschiedenen Gesetzgebungen, und muß dies also der besonderen Gesetzgebung überlassen bleiben. Daß eben auch geringere Verbrechen vor diesen Gerichtshof gebracht werden können, ergiebt sich aus der vorkommenden Connexität mit schweren Verbrechen.

Noch ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob zu diesem Gerichtshofe auch Geschworne zugezogen werden sollen. Diese Frage hat die Regierung als eine offene betrachtet. Man kann hiebei an die Erste Kammer anknüpfen, oder dem höchsten Gerichtshofe des Landes diese Functionen übertragen, oder auch besonders auserwählten, vorzugsweise anerkannt rechtlichen Männern die Entscheidung überlassen. Liegt also eine Beruhigung in der Erklärung, daß Geschworene zu diesem Gerichte hinzugezogen werden können, so stehe ich nicht an es auszusprechen, daß die Regierung in diesem Antrage keine Ablehnung ihrer Proposition erkennen wird. Die materielle Strafgesetzgebung wird übrigens dadurch keine Aenderung erleiden oder bedürfen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Simson als Referent. Zu den Hauptforderungen des Volks schon lange vor dem Jahre 1848, gehörten auch die Schwurgerichte; nun, gehört es aber zu den Unglücksfällen dieses Jahres, daß diese Gerichte nicht auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung eingeführt worden sind. Nach der Behauptung der Königl. Regierung haben sich die Schwurgerichte als unzulänglich bewiesen; sie beruft sich auf die vielen höchst ungebührlichen Freisprechungen politischer Verbrecher. Ich erkenne in diesen allerdings häufig ganz unmotivirten Freisprechungen nur die Symptome unserer gesellschaftlichen Zustände. Verhehlen können wir uns bei diesen unmotivirten Freisprechungen aber auch nicht, daß Anklagefälle vorgekommen sind, bei denen jeder unparteiische Beobachter sofort sich fragen mußte: wie ist eine solche Anklage nur möglich! Der Redner wünscht nun zur Hebung des Geschwornen-Gerichts, daß 1) eine Jury für die Anklage gebildet werde, 2) daß es den Geschworenen nicht gestattet sei, sich in eine bequeme Minorität zurückzuziehen, sondern daß das Urtheil der 12 Männer auch ein einstimmiges sei, und 3) die imaginaire Stellung unserer neutralen Assisenpräsidenten geändert werde. Schließlich empfiehlt der Referent sowohl die Verwerfung der Regierungsvorlage als der Amendements.

Der Justizminister: Hat der Referent mit der Behauptung, daß auch unmotivirte Anklagen in neuerer Zeit vorgekommen seien, der Justizverwaltung einen Vorwurf machen wollen, so bin ich bereit, das Verfahren der Justiz überall zu vertheidigen. (Bravo.)

Der Referent erwidert darauf, daß er mit dem von ihm vorzugsweis gemeinten Falle dem Justizminister keinen Vorwurf habe machen wollen.

Es kommt hierauf das Amendement Eding mit dem oben angeführten Schlußsatz des Amendements Viebahn zur namentlichen Abstimmung und wird die Königl. Proposition in dieser Fassung mit 224 Stimmen gegen 100 angenommen. (Dagegen stimmen u. A.: Püschel, Reckleben, v. Richthofen, Rodbertus, Rhoden, Rietz, v. Sanden, v. Saucken, Schaffraneck, Schöpplenberg, Simson, sämmtliche Polen, Sämmermann, Ulfert, v. Veltheim, Wenzel, Wunder, Wunderlich, Berndt (Nimptsch), v. Bismark (Schönhausen), Beseler, Castendyck, Duncker, Graf Dyhrn, Fubel, Gellern, Geßler, Giseviuš, v. Hilgers I. und II., Junckmann, Leineweber, v. Leipziger, Linnhof, Lohmann, Mercke, Meyer (Grimm) rc.)

Ein Antrag Simson's, die weitere Berathung bis zum Montag auszusetzen, wird verworfen und eine Abendsitzung auf 6 Uhr anberaumt.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

91. Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung der Sitzung 6¼ Uhr.

(Die Tribünen sind wiederum dicht besetzt. In der Königl. Loge befindet sich der General v. Wrangel.)

Am Ministertisch sämmtliche Minister, mit Ausnahme des erkrankten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten.

Die Berathung wendet sich zu Artikel 8. der Königl. Botschaft, die Bildung der Ersten Kammer betreffend.

Von den zu diesem Artikel eingebrachten Amendements erwähnen wir nur das bereits neulich von uns mitgetheilte und besprochene des Grafen v. Arnim und Genossen. Das Wort erhält zuerst

Abg. Graf Arnim: Die Aufgabe, welche wir jetzt lösen sollen, ist die Ausfüllung einer Lücke in den gesetzgebenden Gewalten und handelt es sich bei unserem Beschlusse über die Königl. Botschaft um die Frage: Ist das, was uns geboten ist, so gefährlich, daß wir es ablehnen müssen, oder ist es das nicht, und dürfen wir demnach ihm unsere Zustimmung nicht versagen. In der Commission sind mehrere Bedenken gegen die Regierungsvorlage erhoben worden. Das Erste, was die Commission anführt, ist, daß sie sagt: Wollte man sich schon jetzt zu der definitiven Feststellung der Ersten Kammer allein in der von der Regierung bezeichneten Richtung verstehen, so würde dadurch ein so bedeutendes Gegengewicht gegen die unerläßliche Entwickelung des Rechts der Zweiten Kammer in Steuerfragen geschaffen werden, daß diese Entwickelung überhaupt oder doch ihre Herbeiführung in dem allein wünschenswerthen Wege friedlicher Entwickelung leicht gefährdet werden könnte. Es ist aber schon vielfach nachgewiesen worden, daß diese beiden Fragen, die Steuerbewilligung und die Erste Kammer durchaus in keinem Zusammenhange stehen. Ein ferneres Bedenken ist, daß die von der Regierung vorgeschlagene Bestimmung dem großen Grundbesitz einen zu bedeutenden Einfluß auf die Wirksamkeit der Ersten Kammer, einräumen und dadurch zugleich viele der wichtigsten, theilweise bereits gelösten Aufgaben der Gesetzgebung, als agrarische, Gemeinde-Besteuerungs-Verhältnisse rc. verzögern oder gefährden würde. Der Grundbesitz, m. H., soll aber keineswegs in der Ersten Kammer übermäßig bevorzugt werden. Die 60 höchstbesteuerten Grundbesitzer, m. H., bestehen nicht blos aus sogenannten großen Grundbesitzern, sondern auch aus Industriellen, und die Zahl dieser wird unstreitig bedeutend genug sein, um jene nicht als bevorzugt ansehen zu können. Das Bedenken der Commission, daß durch die sofortige Zusammensetzung der Ersten Kammer nach der Regierungsvorlage die Agrar- rc. Gesetze gefährdet werden können, wird durch den von mir vorgeschlagenen Termin der Zusammenberufung beseitigt. Zwar hat die jetzige Kammer ihr Mandat nur auf ein Jahr erhalten, allein zur Beendigung des Verfassungswerkes kann die Neuwahl für die Erste Kammer immerhin nach dem jetzigen Modus stattfinden. Man wird dies nicht ein Provisorium nennen können, da jene Kammer mit der fortbestehenden Zweiten Kammer zu demselben Zweck forttagt. Wir sind überzeugt, daß eine Erste Kammer in unserem Sinne schon jetzt die Gerechtigkeit in ihrem Wirken über Alles stellen würde, aber wir müssen hierin für jetzt noch der befangenen Stimmung des Landes Rechnung tragen.

Es ist jetzt fast Jahresfrist, daß auf diesen Bänken (zur Linken zeigend) Männer saßen, die den Umsturz alles Bestehenden wollten. Es fand zwischen ihnen und uns eine nicht auszufüllende Kluft statt und hoben wir damals gerade diejenigen Punkte mit aller Schärfe hervor, die der Welt zeigen sollten, daß zwischen ihnen und uns nimmer eine Einigung eintreten könne. Jetzt ist dies anders. Auch wir sind in manchen Punkten getheilter Ansicht; aber unser Bestreben muß jetzt, entgegengesetzt dem früheren, darauf gerichtet sein, die Punkte aufzufinden, worin wir einig sind. Zu diesen Punkten gehört aber vor Allem die Verfassung; ihre endliche Feststellung, das erkennen wir gewiß Alle an, gehört vor allen Dingen zum Heile des Vaterlandes. Ob nun Das, was wir heute beschließen, zum Kampfe oder zum Frieden führen wird, weiß nur Der allein, der das Schicksal der Völker lenkt. Beschließen Sie heute, daß die Frage, welche uns beschäftigt, eine offene bleibt, nun das Land wird richten, ob Sie Recht haben. Wollen Sie aber die Pforten endlich schließen, dann legen Sie so zahlreich als möglich Hand ans Werk; denn je zahlreicher Sie es thun, desto dauernder, desto segenbringender wird Ihr Werk werden. (Bravo.)

Abg. Harkort (gegen): Trotz der heutigen wohlberechneten Rede des Herrn Ministers muß ich mich dennoch entschieden gegen jede Pairie erklären. Das Vertrauen des Landes ist erschüttert, das beweist die jämmerliche Minorität in den Wahlen für den Erfurter Reichstag. Man stellt uns allerhand Schrecken vor, die eintreten würden, wenn wir die Propositionen ablehnten. M. H., ich bin nicht aus dem Lande, wo nur die Kinder sich fürchten, im Finstern zu Bette zu gehen, und diese Schrecken sollen mich auch nicht bestimmen, einem so gefährlichen Institut meine Zustimmung zu geben. Eine Revolution, m. H., schließt man nicht, indem man von einem Provisorium in ein anderes übertritt. Das Arnim'sche Amendement will uns den bittern Trunk in einem mit Honig bestrichenen Kelche reichen; ich glaube, auch so wird er uns schlecht bekommen.

Minister v. Manteuffel: Der letzte geehrte Redner hat von meinen wohlberechneten Worten gesprochen. M. H., wenn ich mir einen Vorwurf zu machen habe, so ist es der, daß ich meine Worte vielleicht nicht genug berechne. Ich spreche das, was ich zu sagen habe, stets offen und frei, nach meiner innigsten Ueberzeugung aus. Was nun das ferner gegen das Gesetz Angeführte anbetrifft, so hat sich die Regierung nicht verhehlt, daß die Vorlagen einer gewissen Strömung der öffentlichen Meinung nicht folgen. M. H., ich achte gewiß die öffentliche Meinung; aber es giebt Momente der Entscheidung, wo man mit Dem, was man nach seiner innigsten Ueberzeugung für recht und wahr hält, hervortreten muß. Ein solcher Moment ist der Abschluß unserer Verfassung. Der geehrte Redner hat ferner gesagt, daß der Patriotismus nicht allein auf der Ministerbank zu finden sei. Wir haben nie den Anspruch des alleinigen Patriotismus gemacht, aber wir erwarten auch von Denen, die unsere Ansichten nicht theilen, die unsere Bestrebungen vielleicht verwerfen, daß sie uns wenigstens für rechtliche Männer halten. Ich habe schon gesagt, daß wir mit dem Amendement Arnim einverstanden sind, obgleich ich in mancher Beziehung den Motiven meine Zustimmung versagen muß. Ich hoffe, daß die Agrargesetze noch im Laufe der gegenwärtigen Sitzungsperiode publicirt werden können. Wenigstens würde es mich, wenn es nicht geschähe, mit dem aufrichtigsten Bedauern erfüllen. (Bravo.) In einem Punkt weicht das Amendement Arnim von der Regierungsvorlage ab; der Antrag legt die Wahl in die Hände der Gemeinderäthe und nicht in die der Magistrate; ich halte dies für eine Verbesserung und schließe mich ihr an. Schließlich muß ich meine Bitte wiederholen, den Geist des Friedens und der Versöhnung walten zu lassen, denn nur er allein kann unser Vaterland retten und heilen. (Bravo.)

Abg. Richtsteig: Wir können darüber nicht im Zweifel sein, daß das Vaterland großen Gefahren ausgesetzt wird, wenn wir die Regierungsvorlagen verwerfen. Ich will daher lieber meine Ueberzeugung opfern, als das Wohl des Landes auf das Spiel setzen. Außerdem, m. H., dürfte es uns auch unmöglich sein, dem Willen der Krone in diesem Punkte zu widerstreben, wir müßten denn eine neue Revolution provociren wollen. (Bravo.)

Abg. Duncker (gegen). Man hat uns Festhalten an Theorien vorgeworfen. Meine Herren, wenn ich der Theorie folgen wollte, so würde ich für eine Pairskammer stimmen, denn Niemand kann leugnen, welch ein großes Gewicht der große Grundbesitz in die Wagschale der Gesetzgebung wirft. Aber ich bin aus praktischen Gründen gegen eine erbliche Kammer. Sie bildet ein Mißverhältniß zwischen uns und den andern Staaten. Vor dem Erfurter Reichstage hätte man wenigstens dies Gesetz nicht einbringen sollen. Wir haben nicht die historischen Bedingungen einer Pairie, wie in England. Als dort die Krone die ständischen Institute angriff, so war es der whigistische Adel, der mit Bauern und Bürgern diese Angriffe zurückschlug. Darum ist der Adel dort auch angesehen. Er war es, der die mittelalterliche Monarchie zum modernen Freistaate umbildete, während es sich bei uns um Umbildung des Absolutismus zum Constitutionalismus durch das Bürgerthum handelt. Vergessen Sie nicht den Zwist, in dem der große Grundbesitz zeither beständig mit dem Bürgerthum gelebt hat. Wir dürfen es nicht vergessen, daß, als man anfing die Lasten von der Gesellschaft fortzuwälzen, es gerade jene Classe war, die sich diesem Beginnen entgegensetzte. Woher ist es ferner gekommen, daß die Steuerlasten noch immer nicht ausgeglichen sind? Meine Herren, ein Zeitpunkt, wo in Mecklenburg die Ritterschaft conspirirt, eine Zeit, wo der Grundbesitz überall operirt, das ist nicht eine Zeit, um eine erbliche Pairie zu bilden. Warum wollen wir uns also einen Bundesgenossen wählen, von dem wir vorher wissen, daß er uns nicht helfen wird? Wer kann es leugnen wollen, daß eine Erste Kammer, wie sie hier angestrebt wird, gegen die Strömung strebt, die seit 60 Jahren durch Europa geht. Die Bildung einer solchen Ersten Kammer würde dem Constitutionalismus hinderlicher sein, wie förderlich. Man hat an unseren Patriotismus appellirt. Ja, meine Herren, er besteht jetzt darin, daß wir, die früher die Demokratie bekämpft haben, jetzt den Fluten der Reaction zu steuern suchen. Wollen Sie den preußischen Staat, wollen Sie den Bundesstaat zerstören, dann, meine Herren, schaffen Sie eine Pairie. (Bravo im Centrum.)

Minister des Innern. Mit dem einen Theil der Rede des vorigen Herrn Abgeordneten stimme ich überein, in dem andern bin ich aber entgegengesetzter Meinung. Meines Wissens ist der größte Theil der östlichen Provinzen slavischer Abkunft und stand in einem schweren Hörigkeitsverhältniß. Nur ein Theil Preußens und der Marken machte hiervon eine Ausnahme. Diese Hörigkeit ist durch das Haus Hohenzollern abgeschafft worden. Der Freiherr von Stein machte endlich den letzten Strich darunter. Ich stimme mit dem vorigen Redner darin überein, daß der kleine Adel sich wesentliche Verdienste um das Land erworben hat; aber durch die Bildung der Pairie soll ihm dies Verdienst nicht vergolten werden, im Gegentheil wird er ihr große Opfer bringen müssen. Der Redner hat ferner behauptet, wir hätten mit unseren Vorschlägen wenigstens nicht vor dem Erfurter Reichstage hervortreten sollen. Meine Herren, wir müssen vor die Erfurter Versammlung so gut zu treten suchen, wie wir können; und erkennen wir, daß eine That in sich gut und nothwendig ist, dann ist es gleich viel, ob wir vor oder nach der Erfurter Versammlung damit hervortreten. (Bravo.) Wenn der Herr Redner an das Votum über Art. 105 erinnert, um damit auf ein Opfer hinzuweisen, so erlaube ich mir darauf zu erwiedern, daß mein geehrter Freund, der Herr Referent, auch für jenen Artikel gestimmt hat. Meine Herren, schließlich muß ich den Männern meinen Dank abstatten, die es ausgesprochen haben, daß sie aus Liebe zum Vaterlande bereit sind, ihre politische Meinung zum Opfer zu bringen.

Abg. Geppert (für). Es ist behauptet, daß wir uns mit unseren früheren Abstimmungen in Widerspruch setzen würden, wenn wir jetzt für die Annahme stimmten. Dies ist nicht der Fall. Alle Vorschläge, die man uns früher wegen der erblichen Pairie machte, standen im Zusammenhange mit andern Vorschlägen, und wurden darum verworfen. Man hat uns auf den Geist, die Strömung der Zeit hingewiesen. Meine Herren, erlauben Sie, daß ich Sie hiebei an die Worte des Dichters erinnere: Was man den Geist der Zeiten heißt, ist im Grunde nur der Herren eigener Geist (lebhaftes Bravo). Man hat hier sogar von einer Minoritätskammer gesprochen; danach scheint es, als hielte man unser Mandat für kein vollgültiges. Meine Herren, wenn ich mein Mandat für kein vollgültiges angesehen hätte, ich würde niemals hierher gekommen sein! (Wiederholter lebhafter Beifall.) Man hat endlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die aus einer erblichen Pairie für die Einheit Deutschlands hervorginge. Ich sehe keine größere Gefahr für die deutsche Einheit, als die ist, wenn der gesetzliche Zustand Preußens ungeordnet bleibt. Bis zum Jahre 1848 hat kein Staatsrechtslehrer gezweifelt, daß ein constitutioneller Staat nicht ohne Pairie bestehen könne. Woher denn nun mit einem Male die entgegengesetzte Ansicht? Man hat auch geäußert, daß durch die erbliche Pairie das Gleichgewicht zwischen beiden Kammern gestört werde, wie ist dies aber möglich, wenn die Attribute beider dieselben bleiben, wie vorher? Zum Schluß empfiehlt der Redner das Amendement Arnim vor der Regierungsvorlage.

Die Discussion wird hierauf geschlossen.

Der Abg. Simon vertheidigt darauf unter dem Beifall des Centrums den Antrag der Commission auf Verwerfung der Regierungsvorlagen.

Es wird nun zuerst über die Regierungs-Vorlage namentlich abgestimmt und dieselbe mit 216 gegen 96 Stimmen verworfen; 14 Abgeordnete, meistentheils Polen, enthalten sich der Abstimmung. (Dafür stimmen: v. Ramin, Herzog von Ratibor, Reck, Graf Renard, v. Reiher, Graf Rittberg, v. Röder, Senger, v. Scheliha, v. Schenckendorff, Scheerer, von Schlottheim, Schröck, Graf Schwerin, v. Selchow, Stiehl, v. Stockhausen, v. Stolberg 1. u. 2., Stolle, Graf Strachwitz, v. Uechtritz, Urlichs, Wahnschaffe, v. Wallenberg, Weber, v. Wedell, Wegner, Wehmer, Wellmann, v. Werdeck, Graf Ziethen, Graf Arnim, v. Arnim, Benecke, v. Bernuth, Bieck, v. Bismarck 1. u. 2., v. Bodelschwingh (Hagen), Borrmann, v. Brauchitsch, v. Bülow-Rieth, v. Dewitz, Diessken, Ebert, Eding, Engel, v. Fock, Gamet, v. Gilgenheimb, Grundmann, v. Gudenau, v. Hagen, Hannemann, v. Hanstein, Heinze, v. Hellermann, v. d. Heydt, v. Hiller, v. Hindenburg, Hirsch, Hofmeyer, v. Jagow 1. u. 2., v. Jordan, Graf Kanitz, Keller 1. u. 2., v. Kleist 1., 2. u. 3., v. Klützow, Knorr, Kögel, Krahn, Graf Krassow, Landfehrmann, v. Lavergne 1. u. 2., Leonhard, v. Manteuffel, v. Meusebach, Meyer (Friedeberg), Graf Monts, v. Münchhausen 1. u. 2., Oppermann, Phemel, Plehn, Graf Poninski rc.)

Hierauf folgt die namentliche Abstimmung über das Amendement des Grafen Arnim.

Dasselbe wird mit 161 gegen 149 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmen u. A. v. Saucken, Schöpplenberg, v. Seckendorff, Simson, Tellkampf, Wenzel, Ulfert, Wunder, Wunderlich, Ahlemann, Ambronn, von Auerswald, v. Bardeleben, v. Beckerath, v. Beughem, Beseler, Camphausen, v. Canitz, Denzin, Duncker, Eckstein, Hesse (Sangerhausen), Kühlwetter, Müller (Siegen) rc.) (Unter den mit Ja Stimmenden: v. Scheliha, Scheller, Schenckendorff, Scheerer, v. Schlottheim, Schröck, Graf Schwerin, Graf Strachwitz, Sibeth, Steinbeck, Trendelenburg, Urlichs, von Viebahn, Graf Villers, Wolff, Wülfing, Graf Arnim, Bauer (Satzig), v. Bismarck 1. u. 2., v. Bodelschwingh 1. u. 2., Bonseri, Borries, Breithaupt 1. u. 2., Christiani, Daubert, v. Dewitz, Diesske, Dürre, Ebert, Eding, Ellwanger, Engel, v. Eynern, Falck, v. Flemming, v. Fock, Förster, Francke, Gamet, Geppert, v. Gilgenheimb, v. Griesheim, Groddeck, Grundmann, v. Gudenau, v. Hagen, v. Hanstein, Heinze, Hellermann, Herzberg, v. d. Heydt, v. Hiller, v. Hindenberg, Hirsch, Hofmeyer, Jordan, Keller 1. u. 2., Krahn, Landfehrmann, Leonhard, Maclean, Oelsner, Ohm, Oppermann, v. Parpart, v. Patow, Paul, Phemel, v. Pochhammer, Herzog von Ratibor, Graf Renard, Richsteig, v. Röder rc.)

Die Versammlung geht zur Berathung der Nr. 7. der Gesetzesvorlagen über; dazu ist ein Amendement von Viebahn gestellt, das mit der königl. Proposition angenommen wird, wonach das Gesetz nun also lautet: „Finanzgesetz-Entwürfe und Staatshaushalts-Etats werden zuerst der 2ten Kammer vorgelegt, letztere werden von der ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt."

Man kommt endlich zur 4ten Proposition, welche die Fideicommisse betrifft. Nach kurzer Debatte wird über die königl. Proposition namentlich abgestimmt und dieselbe mit 169 gegen 146 Stimmen verworfen. Ein vom Abg. Viebahn eingebrachter Antrag wird getheilt. Der erste Theil wird mit 151 gegen 149 und der 2te mit 145 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Nachts. — Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. — Tagesordnung: Nachtrag zum 3ten Budget-Bericht und Bericht über den Antrag von Ebel.

□ **Berlin**, 28. Jan. Die letzten Berliner Zeitungen bringen noch keine Erörterungen über das Ergebniß der jüngsten Kammer-Abstimmungen, namentlich über die erfolgte Annahme des Amendements Arnim in der Pairie-Frage. (Vergl. Kammerbericht). Die Constitutionelle Zeitung rechnet noch in ihrem Blatte vom Sonnabend Abend auf eine Verwerfung der wichtigsten Punkte der Königl. Botschaft. Die Deutsche Reform erklärt in ihrem gestrigen Morgenblatte: „Das Gesammt-Ergebniß der Debatte kann unseren Erwartungen genügen. Die zweite Kammer hat das Ihrige gethan zur Lösung der ernsten Krisis." Die auswärtigen Blätter, die von dem Resultat noch nicht unterrichtet waren, zweifeln meistens an dem Zustandekommen einer Einigung. Die österreichische Presse fährt in ihrem Triumphe fort, Preußen als innerlich ruinirt darzustellen, und breitet die Arme aus, den Flüchtling schirmend aufzunehmen.

Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält ein Erkenntniß des Königl. Ober-Tribunals vom 28. November, nach welchem die Frage, ob der Angeklagte schon früher ein Verbrechen begangen und dafür Strafe erlitten hat, kein thatsächliches Merkmal des Verbrechens enthält und deshalb den Geschworenen nicht vorgelegt werden darf. Ferner kommt es bei wiederholtem Diebstahl nicht darauf an, ob die frühere Verurtheilung eine ordentliche oder eine außerordentliche Strafe festgesetzt hat.

Am Sonnabend wurde vor dem Schwurgericht ein verwickelter Diebstahls-Prozeß verhandelt. Eine ganze Diebesbande von 10 Personen stand vor den Schranken. Gegenstand der Anklage war die Entwendung einer Kiste mit Schirmen im Werthe von 250 Thlr. 9 Angeklagte wurden schuldig befunden und davon einer zu lebenswieriger, die übrigen zu 4monatlicher bis zu 2jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hat auf die Neujahrs-Adresse der hiesigen Stadtverordneten ein Antwortschreiben erlassen, welches lautet: „Ich danke den Stadtverordneten Berlins, daß Sie Mir auch in der Ferne Ihre Wünsche beim Jahreswechsel ausgesprochen haben. Wenn Sie bei dieser Veranlassung der glorreichen Thaten erwähnen, welche die unter Meinen Befehl gestellt gewesene Armee vollbrachte, und Ich darin den schuldigen Tribut der Dankbarkeit gegen dieselbe erkenne, so freue Ich Mich, Augenzeuge gewesen zu sein, auf welche Art Berlin die Repräsentanten dieser siegreichen Armee empfing, ein Empfang, der in Unserer bewegten Zeit verdient, dem Gedächtniß der Berliner immer lebendig vor Augen zu bleiben. Ich sage Ihnen Meinen Dank für die Wünsche, welche Sie Mir für Meinen Sohn darbringen. Möge das betretene Jahr frohe oder trübe Ereignisse nach Gottes Rathschluß bringen, Mich wird es stets bereit finden, zum Wohle des Vaterlandes für Recht, Ordnung und Wahrheit in die Schranken zu treten, nur so vermag Ich das Vertrauen zu rechtfertigen, welches Sie zu Mir ausgesprochen haben. Möge Berlin ein ruhiges und zufriedenes Jahr erleben! Karlsruhe, 10. Jan. 1850. gez. Prinz von Preußen."

Die Kommission der ersten Kammer zur Prüfung der Gemeinde-Ordnung hat über den Entwurf eines Gesetzes, die Orts- und Distrikts-Polizei betreffend, Bericht erstattet und empfiehlt denselben mit einigen weniger wesentlichen Abänderungen zur Annahme. Jedoch schlägt sie vor, den Entwurf „Gesetz über die Polizei-Verwaltung" zu benennen.

Wir haben fernere Wahlberichte erhalten aus Teltow, dem Kreise Jerichow, Paderborn, Frankenstein, Barmen, Coblenz, Königsberg. Ueberall ist die Betheiligung eine wenig lebhafte gewesen, stärker in den beiden ersten Abtheilungen, schwächer in der dritten. Das Ergebniß sind überall vorherrschend conservative Wahlen, bald die liberale, bald die monarchische Richtung überwiegend.

Berlin, den 27ten Januar. Der Stadtverordneten-Vorsteher aus Coesfeld schreibt der Redaction, die dortigen Stadtverordneten hätten gegen die Regierung die Erklärung abgegeben, daß die Einsicht in ihr Protokoll-Buch zu jeder Zeit in ihrem Sitzungslokale erfolgen könnte.

— Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem bei der General-Inspection des thüringer Zoll- und Handels-Vereins angestellten Herzoglich sachsen-koburg-gothaischen Ober-Regierungsrath von Münch in Erfurt, die Annahme des ihm verliehenen Großherzoglich sächsischen Falken-Ordens erster Klasse zu gestatten.

Berlin, 28. Jan. Nach dem letzten Militair-Wochenblatte ist der Oberstlieut. und Vorsteher im Kriegsministerium, v. Wangenheim, dem Generallieut. v. Radowitz bei der provisorischen Bundes-Commission in Frankfurt a. M. zur Disposition gestellt, wonach die Angabe in unserm letzten Blatt zu berichtigen ist. —

†† **Königsberg**, 23. Januar. [Local-Notizen.] Die hiesige freie Gemeinde hat am 20. d. M. ihr vierjähriges Stiftungsfest mit einem Akte in der deutsch-reformirten Kirche gefeiert, dem eine Abendtafel und Tanzvergnügen in dem Locale des Arbeitervereins folgte. — Herr Rasche stattete bei dieser Gelegenheit einen Bericht über seine Reise nach der Provinz Sachsen und die dort bestehenden freien Gemeinden ab. — In der vergangenen Nacht wurden vier Diebe, die schon die ganze vorige Woche hindurch Einbrüche versucht hatten, bei dem Unternehmen eines neuen gewaltsamen Diebstahls verhaftet. Es befand sich unter denselben einer, der seine Legitimations-Karte als Mitglied des Arbeitervereins bei sich führte.

†† **Pillau**, 22. Januar. Die hiesige Demokratie, die hier im Orte fast allein in der ganzen Provinz noch in vollem Flore steht, beabsichtigt jetzt den letzten Trumpf auszuspielen und die vacant gewordene Bürgermeisterstelle durch den enragirtesten Demokraten, den Prorector Zander, zu besetzen. Die Hoffnung aller Gutgesinnten beruht darauf, daß die Regierung diesem Manne die Bestätigung nicht ertheilen wird.

† **Breslau**, 25. Jan. [Berichtigung.] Der Herr Stadtrath Wöniger hat in einer seiner letzten lithographirten Berichte es für gut befunden, den Namen unseres Herren Fürst-Bischofes in seinen Bericht über die Berathungen des Treubund-Congresses zu mischen. Es bedarf keiner weiteren ausdrücklichen Behauptung, daß das in jener Lithographie angeführte Factum von dem angeblichen Briefe des Prälaten an den großen Bundesrath durchaus unwahr ist, ja daß Nichts geschehen ist, was zu einer Nachricht der Art irgendwie Anlaß geben konnte; es würde in der That der Würde und Stellung eines Bischofes wenig entsprechend sein, wenn derselbe an der Gestaltung eines politischen Vereines, verfolgte dieser auch die löbliche Tendenz des Treubundes, irgendwie sich betheiligte. Nur eine Quelle von so bekannter Trübe als die A. Z. C. konnte dergleichen Nachrichten bringen.

Coblenz, 24. Jan. (K. Z.) Das Ergebniß der Wahlen ist: 26 constitutionelle Wahlmänner (Partei Stedmann) vom Civil und 10 vom Militair, gegen 12 „Großdeutsche." So weit die Nachrichten vom Lande reichen, sind auch dort die „Großdeutschen" sehr in der Minderheit geblieben.

Trier, 21. Jan. (S.- u. M.-Z.) Heute stand der Herausgeber und Verleger des trier'schen „Volksblattes" wegen mehrerer Preßvergehen vor den Schranken des Königl. Assisenhofes. Zuerst kam die Opposition gegen ein von dem Königl. Assisenhofe am 13. Oct. v. J. gefälltes Contumacial-Urtheil zur Verhandlung. Nach einstündiger Berathung erklärten die Geschwo-

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 28. Januar 1850.

— † Der Minister des Auswärtigen, Herr v. Schleinitz, erkrankte am Sonnabend während der Kammersitzung so heftig, daß er sich nach Hause bringen lassen mußte. Se. Excellenz befindet sich heute jedoch wieder in der Besserung.

Bei der Abstimmung über die königliche Botschaft wurde auf der Ministerbank sehr sorgfältig jedes Votum in schon vorbereitete Formulare verzeichnet, und wurde über die Abstimmungen durch 3 reitende Boten, von denen der erste an der Kammer, der zweite am Brandenburger Thore und der dritte am Charlottenburger Chausseehause postirt war, Sr. Majestät dem König eiligst spezieller Bericht erstattet.

— †† Angekommene Fremde: Moore, englischer Kabinets-Kurier aus London; Marsch, Kabinets-Kurier aus Petersburg; Frau Reichsgräfin v. Hochberg-Fürstenstein aus Fürstenstein; Holms, königl. großbritan. Kabinets-Kurier und Rolbins, königl. großbritan. Kapitain und Kabinets-Kurier aus London; Graf Moltke-Grünholz, Prälat aus Itzehoe; Engel, königl. preuß. Lootsen-Kommandeur aus Neufahrwasser; Rudloff, Regierungs-Assessor und Chef-Redacteur aus Magdeburg.

— †† Wie verlautet, soll die Garnison-Verwaltung beabsichtigen, noch einige Grundstücke im Innern der Stadt anzukaufen zur Anlegung von Kasernen und Wachtlokalen.

— †† Die gestrige Demokratische Zeitung nennt Graf Dyhrn als ihren Vorkämpfer. Er hat nach der D. Z. dem, was man längst in vertrauten Zirkeln diplomatisch-constitutionell ängstlich besprach, kühn einen öffentlichen offiziellen Ausdruck gegeben.

— †† Rechtsanwalt Weichsel in Magdeburg, unter Andern auch als Verfasser mehrerer unglücklicher am Krebs leidender Schriften bekannt, hat wieder eine Brochüre erscheinen lassen, eine kritische Darstellung des Zieglerschen Prozesses. Da Herr Weichsel wahrscheinlich auch diesmal für den buchhändlerischen Schaden aufkömmt, ist das opus wirklich in Verlag erschienen.

— †† Herr Born, als Vorstandsmitglied des Lokalvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen, erklärt es unter seiner Würde, auf unsern in Nr. 21. ausgesprochenen Wunsch: daß die Behörde die Einrichtung von Wärmesälen in die Hand nehmen möchte, da die Demokratie solche Lokale sonst zur Propaganda benutzen werde, — etwas zu erwiedern. — Qui s'excuse, s'accuse! und wir antworten Herrn Born ganz offen, daß uns die Aufsicht der Behörde denn doch zuverlässiger erscheint.

—† Wir glauben steif und fest, daß der kleine Stammgast bei Courtin, nach seinem am Freitag abgegebenen politischen Glaubensbekenntniß, entweder ein Titular-Demokrat oder ein Vocativus ist.

—† Eigentlich hat man wohl Unrecht, den Patriotismus eines bekannten Volksvereins-Vorstehers länger zu bezweifeln. Hr. B. (barberoux) thut äußerlich, — so wie wir ihn kürzlich nach einer außer dem Hause zugebrachten Nacht in der ewigen Lampe erblickten, — doch alles Mögliche, den „wilden Männern" im preußischen Wappen ähnlich zu werden.

—D Der neuliche Brandschaden in der Altstadt Magdeburg soll über 800,000 Thlr. betragen. Der gleichzeitige Brand in der sogenannten neuen Neustadt soll ebenfalls einen sehr bedeutenden Schaden verursacht haben.

—† Wenn man die constatirte Thatsache berücksichtigt, daß augenblicklich bei den hiesigen Gerichtshöfen und Schiedsmännern gegen 10,000 Rechtssachen schweben, welche lediglich die Bezahlung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zum Gegenstand haben, so wird man einen sicheren Schluß auf die große Zahl derjenigen Familien machen können, welche noch vor 1848 einer gewissen Wohlhabenheit genossen, jetzt aber brodlos und fast zum Bettlerstande zu zählen sind.

†† Der Advokat-Anwalt Dorn wird den Pfarrer Schaffraneck als Steuerverweigerer vertheidigen. Herr Schaffraneck wird das Resultat stehend abwaten. Das vollständige Verzeichniß der 42 Mitglieder der Nationalversammlung gegen welche wegen Aufforderung zur Steuerverweigerung im nächsten Monat der Prozeß geführt wird, lautet: 1) Krackrügge, Goswin, Kaufmann zu Erfurt. 2) Schulze, Herm., Oberger.-Assessor zu Delitzsch. 3) Hildenhagen, Louis, Prediger zu Quetz. 4) Moritz, Daniel Samuel, Rechtsanwalt zu Torgau. 5) Bauer, Landrath zu Krotoschin. 6) Plath, Martin, Bürgermeister zu Leba. 7) Baltzer, Wilhelm Eduard, Prediger der freien Gemeinde zu Nordhausen. 8) Reinige, Johann, Apotheker zu Gesell. 9) Schaffraneck, Pfarrer zu Beuthen. 10) Peters, Anton Ludwig, Assessor zu Schwarza. 11) Müller, Friedrich, Gutsbesitzer zu Zell. 12) Bunzel, Johann Gottlob, Bauergutsbesitzer zu Ober-Alzenau. 13) Raentsch, Friedrich Ludw. Chr., Eigenthümer zu Ausbau bei Nackow. 14) Herhold, Rektor zu Bibra. 15) Bauergutsbesitzer Voigt zu Troitschendorf bei Görlitz. 16) Der Kaplan v. Berg zu Jülich. 17) Der Gutsbesitzer Bernhard v. Bruchhausen zu Stobern bei Oelde. 18) Der Mühlenmeister Daniel Jwand zu Kryczanowitz bei Trebnitz. 19) Der Buchdruckereibesitzer Martin Wilhelm Siebert zu Soldin. 20) Oberger.-Assessor Bucher zu Stolp. 21) Quandt, Müllergeselle zu Mellen bei Labes. 22) Moldenhauer, Küster und Lehrer zu Stojenthin. 23) Regierungsassessor Pilet zu Stendal. 24) Rechts-Anwalt Schulz zu Wanzleben. 25) Bauer Riedel zu Rohrsdorf bei Bahn. 26) Rektor und Prediger Zorndorf in Festenberg. 27) Oberger.-Assessor Bading. 28) Dr. med. Wellheim zu Dyhrnfurt. 29) Prediger Müller zu Riemberg. 30) Dannaß, Joh. Traugott, Schankwirth zu Barsdorf bei Rothenburg in der Lausitz. 31) Schmidt, Friedrich Ernst Reinholdt, Prediger zu Oberhasselbach. 32) Neustiel, Johann, Bürger und Hausbesitzer zu Peiskretscham. 33) Kabus, Joh., Müller aus Schwade-Mühl bei Reichthal. 34) Ulrich, Aug. Wilh., K. Post-Secr. zu Anklam. 35) Appelt, Carl August Eduard, Schullehrer zu Schildau bei Hirschberg in Schlesien. 36) Schramm, Rudolph, Regierungsreferendar a. D. zu Dresden. 37) Der Pastor Schöne zu Rothenburg. 38) Der Bauergutsbesitzer Friedr. Ernst Hausmann zu Lieske. 39) Der Advokat August Messerich zu Bitburg. 40) Der Ortsrichter Johann Gottfried Burkhardt zu Weissenborn. 41) Der Müller und Gerichtsschulze Ernst Jung zu Altendorff. 42) Der Land- und Stadtgerichts-Direktor Doerk in Eisleben.

— †† In Lutz's Hotel erholten sich gestern der tapfere Ritter der Central-Constitutionellen, Graf Dyhrn, die Herren Veit, Beseler u. Simson bei einem guten Souper von den botschaftlichen Kammer-Strapazen. Graf Dyhrn hielt eine Abhandlung über Salat und Eierkuchen und hielt dies Thema mit erschrecklich viel Rheinwein flüssig.

— †† In der Königsstraße gab am Wahltag eine kleine Anekdote dem Publikum Stoff zum Lachen. Ein bekannter Demokrat mit großem Kalabreser, schwarz-roth-goldener Kokarde und langem Bart wurde von einigen in der Straße beschäftigten Holzhauern angerufen: „He! Sie da, sind Sie nicht bei den Wahlen? Wir haben gehört, Sie wollten den Wachtmeister Kaiser wählen!" — Der Herr trollte sich eilig.

† Herr Löhr, reinster Demokrat, hat die Bürgermeisterschaft zu Paderborn richtig verloren und es ist, wie die Demokratie sich ausdrückt, der Stadt P. von der Regierung zu Münster ein Bürgermeister octroyirt worden. Dies ist ein Assessor v. Bresten. Ich schreibe Ihnen bald wieder u. werde dann hoffentlich im Stande sein, über sein energisches Auftreten zu berichten. Aber freilich wird er keinen leichten Stand haben, denn das Ungeheure ist geschehen, ein Herr Stadtverordneter hat dem neuen Bürgermeister erklärt, daß er ihn nicht anerkenne. Man sagt, diese Entschiedenheit des Herrn Stadtverordneten bedrohe die Ruhe der Provinz Westphalen und vielleicht des ganzen westlichen Deutschlands. Gardez —

— D Wie sehr die Folgen der „glorreichen Märzrevolution" auf manchen sonst blühenden Geschäften lasten, davon ein Beispiel: In einem großen, durch die Vorbesitzer fast zu europäischer Berühmtheit gelangten hiesigen Liqueurgeschäft muß schon seit einigen Tagen das glänzende Verkaufslokal „wegen Gasmangels" mit Oellampen und Talglichtern erleuchtet werden. —

— † Ist der am Donnerstag in der X X gasse gewählte L. aus den im Wahllokal vertilgten 3 Bowlen Ananas Punsch oder aus dem blinden Vertrauen zu seinen „constitutionellen" Gesinnungen hervorgegangen?

— Ein Brief an unsere Expedition. Seit dem Anfange dieses Jahres liegt dem Exemplar der Neuen Preuß. Zeitung, welches ich beziehe, jedesmal die gleiche Nummer der Demokratischen Zeitung bei. Anfangs glaubte ich, es sei ein Versehen, und die hiesige Post-Expedition hat daher auf meine Veranlassung wiederholentlich dagegen remonstrirt und die betreffenden Exemplare zurückgeschickt. Allein es hilft Alles nichts, immer wieder liegt die Demokratische sorgfältig in die N. Preußische eingeschlagen dabei; und ich kann nicht anders glauben, als daß eine Absicht dabei obwalten muß.

Vielleicht ist nur ein Gönner der demokratischen Zeitung die Veranlassung davon; indessen wollte ich doch diese Notiz Ihrem Zuschauer nicht vorenthalten. Es ist wirklich zu schauerlich, wenn man jedesmal solchen Schmutz immer erst abschütteln muß, ehe man an den Kern der Kreuzzeitung kommt.

☙ Ein demokratischer Komplimenten-Schneider schmeichelt Herrn Dr. Julius Faucher, in Folge seiner im dritten Volksverein gehaltenen Rede, mit einer „würzigen Weise, für die es bisher wohl nur bei den englischen Volksrednern Aehnlichkeiten giebt." — Will Hr. Faucher sich nicht in England für Geld hören lassen zum Besten der „würzigen" deutschen Demokratie? Nebenbei legt dieses geschmackvolle Gleichniß aus dem Gewürzkram ein neues Zeugniß ab für die bereits zum Oeftern gemachte Bemerkung: daß die Berliner Demokratie, nachdem sie mit ihrer Nachäffung der französischen Revolution zu Schanden geworden, sich nunmehr gar zu gern englisiren möchte. „Es ginge wohl, aber es geht nicht!"

⁂ Dieser Abend ist für die demokratische Zeitung der schönste Tag ihres Lebens. Denn diesen Abend erscheint sie, wenn es die Witterung erlaubt, zum ersten Male in dem angekündigten „größeren Format" und unter dem neuen Titel: „Abend-Post." Es ist dies schon der dritte Titel, und es bleibt uns ein Räthsel, wie ein Organ der demnächst einzubürgernden socialistischen Republik so titelsüchtig sein kann. Erst führte das Blatt den Titel: „Der Wächter an der Ostsee"; danach schlief dieser Wächter, als sei er ein simpler Berliner Nachtwächter, ein, um als „demokratische Zeitung" wieder aufzuwachen, und jetzt wird schon wieder umgesattelt und „Abend-Post" geritten, als wäre schon wieder „Schlafenszeit, und Alles wäre aus!" — Die neue Expedition ist „Schleuse Nr. 4.", vermuthlich, um das reinste Wasser der Demokratie aus erster Quelle zu schöpfen.

Nächtlich an der Schleuse lispeln jetzt der Freiheit hohe Lieder,
Aus dem Wasser schallt es Antwort: „Fröbel, ach, ist Seifensieder!"
Und die Spree hinauf, hinunter, zieh'n die Schatten der Passiven,
Welche: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" mit Unruh' riefen!

— † † Die Wahlmänner der vierten Abtheilung hielten gestern wieder Versammlung in Thalia. Major v. Holleben sprach unter allgemeinem Beifall, indem er besonders hervorhob, daß das Gedeihen und die Einheit Deutschlands nur durch die Macht und die Kraft Preußens gefördert, daß von uns wohl Gut und Blut für das Werk der Einheit, nichts aber von jenem Heiligthum des Vaterlandes geopfert werden dürfe.

Auf die Liste der Kandidaten wurden noch die Herren Kriegsminister v. Stretha und Professor Heidemann gestellt, da die Herren Camphausen, Oberlehrer Voigt und Andere ablehnten.

— † † Der als Demokrat — also für das Volkswohl sich eifrig interessirend — bekannte Assessor Wache ist in diesen Tagen wegen unterlassenen Bestreuens des Bürgersteiges vor seinem Hause am Neuen Markt, während des Glatteises, von Polizeiwegen zu 1 Thlr. Strafe verurtheilt worden.

— † † Der Prozeß gegen Dr. L. Eichler soll am 2ten Februar zur Verhandlung kommen.

— † † Dr. Stern wird morgen im Hotel de Russie für 5 sgr. die Revolutionen in Wien, Berlin und das Frankfurter Vorparlament darstellen.

— † † Der Schutzmann Strutmann, der in einer der letzten kalten Nächte auf seinem Posten im Friedrichshain erfroren ist, hinterläßt 3 Kinder. Wir machen die Wohlthätigkeit darauf aufmerksam.

— S. Dr. Edler hat Wort und zur Beglückung des Voigtlandes mit einer „Urchristengemeinde" gestern in der Sophienstraße No. 37. eine Versammlung gehalten. Es ließen sich 274 Mitglieder einschreiben, doch sah man eine große Anzahl langer Gesichter, als darauf Dr. Edler publizirte, daß ein jedes Mitglied monatlich 2½ Sgr. zur Kasse zahlen müsse. Zum Rendanten der urchristlichen Zweigroschenstücke ist ein Herr Steide gewählt worden. Herr Balli hielt einen Vortrag über die gegenseitigen Vorzüge von Mensch und Vieh.

Die anderen „Urchristen" waren minder glücklich. Thierarzt Urban und der Buchbinder Petri, diese beiden Stützen des Urchistenthums, hatten verabredet, daß, um Unannehmlichkeiten zu entgehen, der Erstere die Versammlung in der Mauerstraße, Petri die in der Großen Frankfurterstraße abhalten und Urban dann eine kleine Reise machen sollte. Die Polizei aber hatte kein entsprechendes Einsehen und holte Morgens 8½ Uhr den Thierarzt aus seiner Wohnung ab zum 14tägigen Arrest wegen der Waldeck-

renen den Beschuldigten bei allen Fragen für schuldig, und der Königl. Assisenhof verwarf demgemäß nach dem Antrage der Staatsbehörde die Opposition des Angeschuldigten, indem er es auch rücksichtlich der Strafe bei dem erkannten Maße beließ (3 Monate Haft). Demnächst wurde die Anklage über vier andere Artikel des „Volksblattes“ verhandelt. Nach kurzer Berathung erklärte die Jury den Beschuldigten der Beleidigung der Beamten, nämlich des Obersten von Trotha und des Garnison-Auditeurs Müller zu Saarlouis, für schuldig und sprach ihn bei den anderen Fragen frei. Der Königl. Assisenhof verurtheilte den Beschuldigten zu einer zusätzlichen Gefängnißstrafe von einem Monat und in die Kosten, verordnete zugleich die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils auf Kosten des Angeklagten.

† **Wien**, 24. Januar. [Witterung. Notizen.] Kaum war gestern die Kommunikation mühsam wieder hergestellt, als heute Nacht ein solcher Schneefall und ein solcher Sturm eintrat, daß bis zum Augenblicke, wo ich schreibe, weder eine Haupt- noch eine Provinzialpost angekommen war und, wie der Telegraph meldet, auch die Fahrten auf der preußischen Bahn eingestellt werden mußten. Heute Morgen waren die meisten unserer Stadtthore von dem zusammengewehten Schnee versperrt und die meisten Läden mußten geschlossen bleiben; erst um 9 Uhr Morgens konnten die Straßen und Gassen wieder gangbar gemacht werden. Dabei trat ein Temperaturwechsel von 21 Grad Kälte auf 1 Grad Wärme ein. Am traurigsten trifft dieß die auf dem Marsche befindlichen Truppenzüge, wovon die einen an die sächsische Grenze marschiren, die andern aus den italienischen Feldzügen zurück kommen. Von den Ersteren verirrte sich eine halbe Bedeckung Artillerie und kam sammt ihren Offizieren elend um. Die Zweiten sind Freiwillige, welche mit dreimonatlichem Lohne entlassen worden. Die Gemeinde hat bereits Sorge getragen, daß diese sehr verdiente Mannschaft bei ihrer Rückkehr dauernde Arbeit findet, im Nothfalle müssen ihnen die ausländischen Gesellen weichen. Ferner erleiden die Bahnen den doppelten Schaden, daß der Verkehr unterbrochen und die Räumungskosten bedeutend sind; so zahlte die Nordbahn schon mehr als 100,000 Fl.

An politischen Neuigkeiten von Bedeutung sind wir sehr arm. Ein Gesetz in Bezug auf die Fabrikation, das Tragen und den Besitz von Waffen steht demnächst in Aussicht. Eine hochgestellte Person, welcher gegenüber man auf diese Thätigkeit in der Legislation hin die Hoffnung aussprach, daß in Folge dessen der Belagerungszustand wohl bald aufgehoben werden dürfte, antwortete, das würde jedenfalls zu Auftritten führen, welche eine verschärfte Wiedereinführung erheischen würden.

A* **München**, den 23. Januar. [Der neue Bund.] Die Nachricht von der Vereinbarung Oesterreichs mit den 4 Königreichen über die Grundlage eines allgemeinen deutschen Verfassungswerkes hat hier fast allgemein überrascht. Man wußte zwar schon seit einiger Zeit, daß etwas vorgehe, es zirkulirten lithographirte Abschriften in gewissen Kreisen, aber mit solcher Vorsicht und mit solchem Geheimnisse, daß sehr Wenige von dem Factum der Circulation, bloß die Eingeweihten vom Inhalte etwas wußten. Plötzlich aber heißt es, Oesterreich und die 4 Königreiche haben über die Grundlagen des deutschen Verfassungswerkes sich geeinigt. — Wir leben sonst in einer Zeit, wo tausendfältige Spionenaugen selbst ins Herz des Menschen hinein zu blicken, und dort seine Geheimnisse zu erschauen scheinen; daß eine Verhandlung von solcher Wichtigkeit, verhandelt an 5 Königshöfen, ein Geheimniß geblieben ist bis zur Zeit, wo sie zum Abschluß gekommen ist und zur Veröffentlichung reif war, ist eine ganz ungewöhnliche Thatsache. — (Vergl. Stuttgart.)

München, den 23. Jan. Das Staatsministerium des Kriegs hat an sämmtliche Regiments- und Bataillonscommandos die Verfügung erlassen: „es sei mit großem Mißfallen wahrgenommen worden, daß in verschiedenen Regimentern Unteroffiziere sich mit Lesen demokratischer Blätter und Schriften so wie damit beschäftigen, die so eingesaugten schlimmen Grundsätze unter die Soldaten zu verbreiten. Sämmtliche Offiziere werden bei Ehre und Pflicht aufgefordert, dieses Treiben strengstens zu überwachen, und zu versuchen, die dergleichen Umtrieben sich hingebenden Unteroffiziere auf gütlichem Wege hiervon abzubringen. Jene Unteroffiziere müssen verzeichnet und dürfen nicht befördert, auch nicht zur Beförderung vorgeschlagen werden.“

Stuttgart, 22. Januar. Der officielle Staatsanzeiger enthält die folgende Erklärung: „Die von dem bisher sogenannten Dreikönigsbündnisse dissentirenden Regierungen sind in der neuesten Zeit durch die Tagespresse und von den entgegengesetztesten Parteien häufig aufgefordert worden, mit positiven Vorschlägen für eine Neugestaltung der allgemeinen deutschen Verfassungsverhältnisse hervorzutreten. Um dieser ganzen Besprechung, so weit wir dazu heute im Stande sind, einen festen Boden zu geben und sie durch einige bestimmte Daten ein für alle Mal zu berichtigen, nehmen wir keinen Anstand zu bemerken, daß bereits seit einem vollen Monate die Grundzüge eines das gesammte Deutschland umfassenden constitutiven Reichsgesetzes den Cabineten zu Stuttgart, Hannover, München und Dresden zur Berathung vorliegen. Der Entwurf, welcher mit allseitiger Zustimmung der betheiligten Regierungen von dem königl. bairischen Cabinete vorgelegt wurde, begreift und entwickelt neben der Einrichtung des Staatenhauses auch diejenige eines Volkshauses, und ist die Unterhandlung über diese Vorlage in ununterbrochenem Gange.

Stuttgart, 23. Jan. (D. Z.) Am 21. fand in Eßlingen die erste Schwurgerichtssitzung in Würtemberg statt. Ein Metzgerknecht, Schweizer, war angeklagt, einen andern, Namens Dreher, erstochen zu haben, wurde für schuldig erklärt und zu dreijähriger Arbeitshausstrafe verurtheilt.

Stuttgart, 24. Jan. (Fr. J.) Der quiescirte Gesandte, Karl v. Hügel, welcher im April 1849 Se. Maj. den König nach Ludwigsburg begleitete, ist zum würtembergischen Gesandten in Berlin, und der bisherige würtembergische Gesandte in Berlin, v. Reinhardt, zum Gesandten in Frankfurt ernannt worden. —

Stuttgart, 25. Jan. Nach dem Schwäb. M. ist der von dem Frankfurter Gericht wegen Betheiligung an dem Morde von Lichnowski und Auerswald ausgeschriebene Christian Erasmus Bockenheim aus dem Baierischen kommend nach Frankfurt transportirt worden.

Frankfurt, den 23. Januar. (D. Z.) Ein an die gesetzgebende Versammlung gerichteter Antrag des Senats auf Ernennung eines Ausschusses zur Verfassungsrevision wurde zunächst an einen, in der folgenden Sitzung zu wählenden Prüfungsausschuß verwiesen. Der vom Senat beantragte Ausschuß soll so zusammengesetzt sein, daß 9 Mitglieder dazu aus der Stadt, 2 vom Lande, 5 von der Bürgerrepräsentation und 5 von dem Senate gewählt würden und er hätte die Vorlagen über die ihm nothwendig scheinenden Aenderungen der Verfassung dem Senate zu übergeben, von wo sie dann an den gesetzgebenden Körper gelangten.

Frankfurt a. M. Noch immer ist die Angelegenheit zwischen dem preußischen Major Deetz und dem österreichischen General v. Schirnding unaufgeklärt. Während die Frankfurter Blätter versichern, daß eine Absetzung gegen Hrn. Deetz gar nicht ausgesprochen sei, jubeln die österreichischen Blätter darüber, daß der österreichische Hauptmann Dobrowosny die Funktionen als Frankfurter Stadt-Commandant übernommen habe. Eine amtliche Aufklärung über das Sachverhältniß und namentlich auch darüber, in wie weit hier ein ungerechtfertigter Uebergriff stattgefunden, bleibt dringend wünschenswerth.

Frankfurt, 25. Jan. (Fr. J.) Der Königl. bayerische Generalmajor, Hr. v. Xylander, hat in der heute Vormittag stattgehabten Sitzung der hohen Bundes-Central-Commission seine Creditive als Bevollmächtigter Bayern's überreicht. — Der Königl. preußische Hauptmann, Herr Roulland, ist hier eingetroffen und hat seine Funktionen bei der Ingenieurabtheilung der Bundes-Commission sogleich angetreten. Das Personal der sämmtlichen Aemter dieser Commission ist somit complet.

Darmstadt, 24. Jan. Das heutige Regierungsblatt bezeichnet als die außerordentlichen Mitglieder des großherzoglichen Staatsraths für das Jahr 1850 die HH. Präsident Weller, Geh. Rath v. Grolman, Geh. Rath v. Hombergk, Ministerialrath Maurer, Oberappellations- und Cassationsrath Hesse und Oberappellations- und Cassationsrath Schenk.

△ **Dresden**, am 25. [Belagerungszustand.] Heute fand in der 1. Kammer die Berathung über den Antrag des Abg. Müller aus Niederlößnitz, wegen Aufhebung des Belagerungszustandes in Dresden, statt. Die Mehrheit des Ausschusses schlug der Kammer vor: 1) Dem von der 2. Kammer angenommenen Antrage des Abg. Müller auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Dresden und dem Verdauer Amtsbezirk beizutreten und 2) durch diesen Beschluß den Müllerschen Antrag, sowie die Petition der Stadtverordneten zu Crimmitzschau für erledigt zu erklären. Die Minderheit des Ausschusses (Prinz Johann und Freiherr v. Biedermann) schlug dagegen vor, statt des Antrags der 2. Kammer, die Erklärung im Protokolle niederzulegen: „wie man das Vertrauen zu der hohen Staatsregierung hege, daß sie die verhängten Ausnahmezustände, sobald die Umstände es gestatten, aufheben werde.“

Mit Ausnahme des Prinzen Johann und des Grafen Hohenthal-Königsbrück sprechen die sämmtlichen zahlreichen Redner für den Majoritätsantrag, zu welchem v. Carlowitz noch den Zusatzantrag hinzufügt: Die Kammer wolle beschließen, bei der Regierung zu beantragen: es möge die Regierung jedenfalls dafür sorgen, daß, — wie auch ihre Entschließung hinsichtlich der Aufhebung des Belagerungszustandes von Dresden und dessen Umgegend ausfallen möge, — der Bürgerschaft Dresdens die Last der Einquartierung unverzüglich abgenommen werde.“ Minister v. Friesen erklärte sich mit dem Minoritätsgutachten Namens der Regierung nicht für einverstanden, gab die Erklärung, daß die Regierung, sobald es ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung nach möglich sein werde, die Wiederaufhebung des Kriegszustandes beschließen und jedenfalls nach Berathung des Aufruhrgesetzes in der zweiten Kammer der Volksvertretung Mittheilung zugehen lassen werde. — Der Antrag der Majoriät unter 1) wurde mit 41 gegen 4 Stimmen (Prinz Johann, Graf Hohenthal, Frhr. v. Biedermann und Dr. Poppe), der unter 2) einstimmig und ebenso der von Carlowitz'sche Antrag angenommen.

Dresden, den 25. Januar. [Erste Kammer.] In der heutigen Sitzung wurde die vertagte Berathung über den in der zweiten Kammer angenommenen Antrag des Abg. Müller auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Dresden wieder aufgenommen. Der Antrag der Majorität der berichterstattenden Commission auf Beitritt zu dem Beschlusse der zweiten Kammer ward mit 41 gegen 4 Stimmen angenommen; ein hierzu gestelltes Amendement des Abg. v. Carlowitz, die Regierung anzugehen, daß sie, wie auch ihre Entschließung in Betreff der Aufhebung des Kriegsstandes ausfallen möge, Veranstaltung treffe, der Dresdener Bürgerschaft die Last der Einquartierung unverzüglich abzunehmen, fand einstimmige Annahe.

Das Ministerium der Justiz veröffentlicht unterm 21. Januar folgende Bekanntmachung:

„Die Zahl der bei dem im Monat Mai des vorigen Jahres stattgefundenen Aufstande betheiligten Personen, deren Untersuchungen auf die von den Appellationsgerichten bis jetzt an das Justizministerium erstatteten Vorträge aus Gnaden niedergeschlagen worden sind, beläuft sich gegenwärtig auf 752. Die ferner erfolgenden Begnadigungen der gedachten Art, so wie die wegen jenes Aufstandes erkannten Strafen werden ebenfalls öffentlich bekannt gemacht werden.

Ausland.

Frankreich.

** **Paris**, den 24. Januar. Das beispiellose Toben und Lärmen der Montagne in den letzten Sitzungen hat ganz eigenthümlichen Erfolg gehabt — alle Fraktionen der Majorität haben sich einander genähert und die alten Bände erneuert und nicht blos unter sich, sondern auch gegen das Elisée sind sämmtliche Führer der Majorität milder und freundlicher geworden. Es scheint ein Compromiß abgeschlossen zu sein, das Elisée giebt das Journal Napoléon auf und die Majorität unterstützt das Ministerium, das verachtete Ministerium. Das vermag die Angst vor den Rothen, solches ist der Erfolg des Tobens der Montagne. Die Majorität gab heute die ersten Pfänder für dieses Compromiß, sie verwarf ein Amendement, das offenkundig und die Absicht haben konnte, sie wieder mit dem Präsidenten zu entzweien. Der General von Lamoricière tritt jetzt mit einer Keckheit dem Elysée gegenüber auf, von der man wohl weiß, daß sie sich auf die Rathschläge Cavaignacs und den Einfluß anderer malcontanter Generale stützt. Heute brachte er das Amendement ein, der Präsident solle, nicht ohne Sanction der Versammlung, das Recht haben, Juniinsurgenten zu begnadigen. Das Transportationsgesetz wurde schließlich mit 406 Stimmen gegen 203 angenommen.

„Frankreich hat den besten Finanzminister in ganz Europa“, sagte Herr von Rothschild neulich! „Diese schmeichelhafte Aeußerung werde ich sofort Herrn Fould hinterbringen“, rief Jemand, der es hörte. „Ach, den meine ich nicht“, entgegnete Herr von Rothschild“, der wahre Finanzminister Frankreichs ist General Changarnier.

Die Montagnards gründen ein neues Journal l'Association. Herr Michel (Bourges) wird die Redaktion übernehmen.

Herr Ch. Lagrange, einer der geistreichsten Montagnards, wurde gestern auf öffentlicher Straße geohrfeigt und zerkratzt von einem alten Weibe aus seinem Wahlkreise, welches von ihm verlangte, er solle für sie eine Subscription veranstalten.

Der Constitutionnel meldet, die neue päpstliche Anleihe werde in den nächsten Tagen abgeschlossen werden. Rothschild hat die Sache übernommen.

Die Mitglieder des Pariser Jockeyklubbs haben ebenfalls Rennpferde nach Egypten geschickt, um die stolze Ausforderung, die von dort nach London kam, zu beantworten.

Ein Journal meldet die Ankunft der Gräfin Rossi (Henriette Sonntag).

Die mit Liquidation der alten Civilliste beauftragte Commission hat beschlossen, daß die Gläubiger der Civilliste noch bis zum 31. Dezember 1851 warten sollen, bevor sie wegen ihrer Forderungen gerichtlich klagbar werden. Sie hat ferner beschlossen, daß die Beschlaglegung auf das Eigenthum des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville aufgehoben werden soll.

Von den 46 am 16. November wegen des sogenanten legitimistischen Complotts der Straße Rumfort verhafteten Personen sind jetzt nur noch 15 in Haft. Gestern entschied die Anklagekammer, daß dieselben, weil sie zu einer geheimen Gesellschaft, „die Legion des heil. Hubert“ genannt, gehört und sich an nicht autorisirten und nicht öffentlichen Versammlungen betheiligt haben, worin über politische Gegenstände verhandelt wurde, zur Aburtheilung vor die Assisen gestellt werden sollen.

Der durch sechszehnjährige Dienstleistungen in der afrikanischen Armee vortheilhaft bekannte Oberst des 1. Spahis-Regiments zu Blidah, Daumas, ist zum Brigade-General befördert worden.

In Algerien herrscht nach dem Moniteur Algerien vom 10ten Januar überall Ruhe. Oberst Canrobert hat mit seiner Kolonne das Gebiet mehrerer am Aufruhr betheiligten Stämme durchzogen und sie vermocht, ihre rückständigen Steuern und die ihnen auferlegten Geldbußen zu bezahlen.

Großbritannien.

*. **London**, den 24. Januar. Der katholische Erzbischof von Tuam hat in einem sehr heftigen Hirtenbriefe allen Mitgliedern seines Diöcesanklerus den Besuch der irischen Regierungscollegien verboten, bei Strafe der Excommunication.

Gestern gab Lady Russell in der Privatwohnung des ersten Lords des Schatzes (Chesham-Place) ihre erste Soirée, die sehr glänzend und zahlreich besucht war.

Der jährliche Feuerbericht der Stadt London zählt im Jahr 1849 die Summe von 835 entstandenen Feuersbrünsten auf, die 20 Menschenleben kosteten und 4 — 500 Häuser zerstörten.

Der Standard meldet von einem amerikanischen Project, einem electrischen Telegraphen von New-York nach der Insel Wight herzustellen. In 20 Monaten soll die Ausführung vollendet sein und 3,000,000 Dollars kosten.

Berichten aus Malta vom 12. Jan. zufolge lag die englische Flotte am 8. d. M. vor Smyrna, und war im Begriff nach dem Piräeus zu segeln. In Konstantinopel waren Depeschen von Fuad Effendi aus St. Petersburg, deßgleichen ein Courier an den russischen Gesandten eingetroffen. Es ging das Gerücht von einem Mißverständniß (split) zwischen Oesterreich und Rußland. — Sir William Parkers Commandozeit im Mittelmeer würde nächstens ablaufen, aber der M. Herald will wissen, daß die Regierung gesonnen sei ihn nicht abzurufen, selbst dann nicht, wenn er durch Succession — da in letzter Zeit so viele Admirale weggestorben — zu vollem Admiralsrang vorrücken sollte.

Eine Freehold-Land-Society bildet sich in Colchester nach dem Muster der liverpooler Gesellschaft und wird nächstens eine öffentliche Versammlung halten.

Die Katholiken von Ulster, welche ihre Denkschrift am 17ten dem Lord-Lieutenant durch eine Deputation haben überreichen lassen, sind mit ihrem Gesuche, welches auf Absetzung mehrerer Friedensrichter wegen ihres Verhaltens in der Angelegenheit von Dolly's Brae anträgt, zurückgewiesen worden. Die Denkschrift war von mehr als 62,000 Personen, unter denen sich 165 Geistliche befanden, unterzeichnet.

Nachrichten aus der Cap-Stadt vom 15. November stellen die dortige Lage der Dinge mit Bezug auf die Sträflings-Frage noch immer als dieselbe dar. Der „Neptune“ lag noch in der Nähe der Stadt, und obgleich der Gouverneur, Sir H. Smith, mit Petitionen bestürmt wurde, welche von ihm verlangten, er solle den Befehl zur Entfernung des „Neptune“ geben, so weigerte er sich doch aufs Bestimmteste, indem er als Grund angab, „er wolle keine Handlung begehen, die ungesetzlich und unpolitisch sei und als gefährliches Beispiel dienen könne.“

Italien.

= **Turin**, den 19. Jan. Ich melde Ihnen kurz die letzten Großthaten unserer Kammern. Der Handelsvertrag mit Toscana über Aufhebung der Differentialzölle ist angenommen, 400,000 Lire zur Deckung der Kosten für den Leichenpomp König Karl Alberts sind bewilligt, auch der Senat hat den Friedensvertrag mit Oesterreich angenommen, ebenso die Aenderung des Wahlgesetzes. Heute begannen die Gemeinen die Discussion des neuen Anleihe-Projects von 4 Millionen Francs, um das Deficit des Schatzes zu decken. Der Commissionsbericht ist günstig. Aus Rom immer noch nichts Sicheres über die Rückkehr des Papstes. Man redet von dem Rücktritt des Finanzministers Galli, er soll durch Ferrari oder durch Manchesini ersetzt werden. Das Haus Rothschild hat sich zwar die päpstliche Anleihe zu übernehmen endlich bereit finden lassen, aber bis zum Abschluß ist es noch lange nicht, und vor dem Abschluß ist bei den jetzigen römischen Finanzverhältnissen das Finanzministerium ein Ruheposten. Uebrigens sind die Verhältnisse in der Hauptstadt der katholischen Christenheit über alle Maßen traurig, überall sind die hervorragenden Mitglieder der conservativen Partei durch den Dolch der Banditen bedroht, vor einigen Tagen erst wurde ein Priester auf offener Straße durch einen Messerstich tödtlich verwundet, und dabei schreit, nicht die Demokratie, denn diese redet durch Dolchstöße und Meuchelmord, sondern die liberale Giobertistenpartei noch immer über Härte und Strenge! Es ist kaum zu glauben, daß selbst solche Zustände diesen verblendeten Theoretikern die Augen nicht öffnen. Aus allen Orten kommen uns Nachrichten über die fast unerhörte Kälte zu. Wir hatten hier 15° R. In Florenz soll es an einem Tage noch kälter gewesen sein. Mit Genua ist jede Verbindung unmöglich seit mehreren Tagen schon.

Neapel, den 11. Januar. Die Alterthumswissenschaft ist von einem harten Verlust betroffen worden. Fr. M. Avellino, von welchem noch kürzlich in diesen Blättern die Rede war, als der vom Papst auf Anlaß seines Besuches im bourbonischen Museum ihm ertheilten Auszeichnung erwähnt wurde, starb vorgestern nach kurzer Krankheit im 62sten Lebensjahr. Er war mit Bartolomeo Borghesi der berühmteste Gelehrte Italiens im antiquarischen Fach, ein Ruhm, der vom Ausland im gleichen Maß anerkannt ward, wie in seiner Heimath. Scharfsinn, Gelehrsamkeit und Monumentenkunde gingen bei ihm Hand in Hand. Deutsche Freunde, deren er manche hatte, werden wohl eine umfassende Würdigung der Verdienste liefern, die er sich während langer, frühbegonnener Thätigkeit in reichem Maß erwarb. Beim Museum sowohl, dessen Vorsteher er war, wie bei der Direction der Ausgrabungen und der Herkulanensischen Akademie läßt sein Tod eine empfindliche Lücke, welche schwer, wenn überhaupt, auszufüllen sein wird. Für den Augenblick ist der Principe di San Giorgio Spinelli, Herausgeber des geschätzten Werks über die kufischen Münzen der Beherrscher beider Sicilien, mit Wahrnehmung der amtlichen Functionen Avellino's beauftragt worden. Es handelt sich dabei nicht blos um gelehrte Bildung, sondern auch um administratives Talent und vielseitige Thätigkeit, wodurch gerade der Verstorbene, abgesehen von seinen wissenschaftlichen Leistungen, sich besonders auszeichnete.

Spanien.

V **Madrid**, 14. Jan. Heute waren wirklich, seit langer Zeit zum ersten Male wieder, die Tribünen der zweiten Kammer besetzt, die Diskussion über den ministeriellen Antrag der Steuerforterhebung fürs laufende Jahr hatte gelockt. Die Sitzung begann mit dem Verlangen von Don José Orense Marques von Albaida, das Ministerium solle den Stand der schwebenden Schuld darlegen. Der Marques sagte: „Wir können unmöglich über das Budget verhandeln, so lange wir nicht in Stand gesetzt sind, über die Schuld zu urtheilen; jedes Jahr zeigt uns das Budget eine Zunahme der Ausgaben um 200 Millionen Realen und dabei eine Verminderung der Einnahme.“ Der Finanz-Minister antwortete ziemlich kurz, die Angaben Orense's seien nicht exact, und in keinem Falle finde sich das Kabinet gemüßigt, jetzt auf diese Frage einzugehen. Bei der Abstimmung entschied sich die Kammer für die Nichtinbetrachtnahme des Orense'schen Antrages. Dann wurde das Comptabilitätengesetz definitiv angenommen. Ueber den Gegenstand der Tagesordnung sprach Don Salustiano Olozaga, er ist einer der besten Redner in den Cortes, aber er bekämpfte das Ministerium vergeblich. Die Proposition der Commission wird jedenfalls angenommen.

Der König Don Francisco hat in Rio Frio eine große Anzahl von wilden Schweinen, Hirschen, Rehen und Hasen erlegt, den größten Theil der Jagdbeute ließ er an die Garnison von Segovia vertheilen.

Nach dem „Clamor Publico“ sind in der Münze 750 Pfund Gold in Barren angelangt, um geprägt zu werden.

NS. **Madrid**, 16. Januar. Die Kammern verwerfen noch immer lustig Amendements zu der ministeriellen Vorlage. Heute zeigte der portugiesische Geschäftsträger dem Ministerium des Auswärtigen an, daß Dom Miguel von Braganza sich in England eingeschifft habe, um sich in Portugal an die Spitze seiner Anhänger zu stellen, die ein Schutz- und Trutzbündniß mit den Septembristen geschlossen. Das Ministerium ordnete sofort die strengste Wachsamkeit an allen Küsten- und Grenzplätzen an, um das Vorhaben des Fürsten zu vereiteln.

Schweiz.

Bern, 21. Jan. Der Bundesrath hat heute auf Grundlage eines einstimmigen Expertenberichts der Ingenieurs La Nicca, Dietzinger und Perrier beschlossen, die Regierung von Genf einzuladen, die Demolirung der Festungswerke zu suspendiren bis zum Entscheid der Bundesversammlung. (Schweiz. Bl.)

Schweden.

Stockholm, den 11. Jan. Der Bau des Nationalmuseums soll nun beginnen, im Wesentlichen, wenngleich in etwas verkleinertem Maaßstabe, nach Stüler's Zeichnungen. Die Bewilligung der Stände dazu beträgt eine halbe Million Rdlr. Bco.

Unsere Akademie hat den Docenten der Aesthetik an der Universität von Upsala, Bernhard Elis Malmström, zum Mitgliede erwählt.

Der Innocence-Orden hat 70 neue Mitglieder aufgenommen (Mad. Brassier de St. Simon, die Generalin Nordin, den Grafen d'Erizzo, Fräulein Krüdener u. s. w.) und im Börsensaale einen großen Ball gegeben, an welchem der König und die ganze königliche Familie theilgenommen.

Christiania, den 11. Januar. Ein norwegisches Geschwader (die Corvetten „Nordstjernan,“ „Ornen“ und „Ellida“) wird, heißt es, vereint mit einem schwedischen nächsten Mai nach Lübeck gehen, um unsere zukünftige Kronprinzessin und Vicekönigin von dort abzuholen.

Auf der am 7. gehaltenen Versammlung des Centralvereins der Handwerksgesellen waren 15 verschiedene Gewerbe vertreten und wählten ihren Vorstand.

Bei Stavanger hat sich am 1. Januar bereits der Hering gezeigt. (H. B. H.)

---

schen Geburtstagsfeier. So mußte die Urchristenfeier in der Großen Frankfurterstraße unterbleiben und auch die in der Mauerstraße ausfallen, weil der Vorstand keine Anzeige gemacht hatte.

— (W. Z.) Der Lieutenant Lange I. vom 3ten Bataillon 20sten Landwehr-Regiments (dessen Abwehr ungegründeter Beschuldigungen gegen sein Bataillon wir bereits früher besprochen), durch Allerh. Cabinetsordre von dem vorgenannten, zur Zeit in Wetzlar cantonnirenden Bataillon abgerufen, um zu Berlin in seine Beamten-Wirksamkeit (als Königl. Theater-Inspektor) wieder treten zu können, hat durch eine herzliche Ansprache das so ehrenwerthe Berliner Veteranen-Jäger-Corps der Jahre 1813 bis 1815 vermocht, für die fernere so denkwürdige Feier des 3ten Februars es zum festen Zusammenhalten in altpreußischer Kriegertreue, den jungen Cameraden der Jahre 1848 bis 1849, welche in Berlin, Schleswig, im Großherzogthum Posen, zu Dresden, Iserlohn und in Baden gefochten haben, ihren Verein zum patriotischen Anschluß zu öffnen.

Schon im vorigen Jahre gelang es, unter der lebhaften Verwendung des General-Majors von Webern, den eifrigen Bemühungen des Lieutenants Lange I., am 17ten März (Stiftungstag des Landwehr-Instituts) eine Vereinigung der alten mit der jungen Landwehr zu erwirken, worauf durch ein entsprechendes, im englischen Hause veranstaltetes Fest dieser bedeutsame Tag mit einer würdigen Feier begangen wurde.

† Prof. Fallati in Tübingen zeigt im dortigen Intelligenzblatt an: „Als ich heute Nachmittag um 4 Uhr mich in eine Vorlesung begab, ging von hinten her nahe an mir ein hiesiger Einwohner vorüber, der mir „Volksverräther, verfluchter!“ zurief. Weil ich seinen Namen nicht wußte, fragte ich, als er an mir vorbei war: „Wie heißen Sie?“ Statt mir jedoch Rede zu stehen, bog er, seinen bisherigen Weg verlassend, mit von mir abgewendetem Gesicht in eine Seitengasse ein, ich aber mußte meinen Weg in die Vorlesung fortsetzen. Da ich unter solchen Umständen außer Stande bin, den Schutz des Gesetzes in Anspruch zu nehmen, so stelle ich hiermit dieses schnöde und feige Benehmen an den Pranger der Oeffentlichkeit. Den 21. Januar 1850. Professor Dr. Fallati.“

— N Gestern Mittag beging ein Gast in einem Victualienkeller der Poststraße einen Mordanfall auf die Wirthsleute, nachdem er auf einen angeblich gezahlten Thaler 26 Sgr. zurückgefordert und natürlich nicht erhalten hatte. Die Frau erhielt zwei tödtliche Messerstiche in die Brust und der Wirth einen in die Wange; beim zweiten in den Kopf brach jedoch die Messerspitze ab; es blieb in der Hirnschale stecken. Es ist noch ungewiß, ob der Wirth am Leben erhalten werden kann. Der Verbrecher ist zur Haft gebracht.

— N In der Koepeniker Straße wurde gestern eine herrenlose Equipage von Schutzmännern aufgegriffen und in Sicherheit gebracht. Der Eigenthümer ist noch nicht ermittelt.

— †† Seit dem März 1848 und in Folge desselben haben 8 der größeren Städte der Monarchie bereits eine Schuldenlast von zusammen drei Millionen Thalern aufnehmen müssen. Das ist auch eine demokratische Errungenschaft.

— E Der bekannte, u. A. auch durch die Plünderung des Werneckeschen Ladens und die Dichtung der sogenannten Marseillaise berüchtigte Dr. Eylert, welcher in Belgien und Friesland sein Glück vergeblich versucht hat, hält sich in diesem Augenblick in Leipzig auf, wo er seinen Wohnsitz zu nehmen gedenkt. Sollte er, wie zu erwarten steht, Versuche machen, nach Berlin zu kommen, — so werden wir es seinen vielen Freunden melden.

— E Am 3. Februar findet bei Mielentz das alljährliche Fest der Freiwilligen statt. An demselben Tage kommt auch das Veteranencorps zu einem freundschaftlichen Mahle im Gesellschaftshause zusammen. An dem letzteren Festessen werden auch die vaterländischen Krieger Theil nehmen, welche in Baden den Feldzug mitgemacht haben.

— E Der vaterländische Verein hat Dr. F. Förster, der vielfache Gnade vom Hofe empfangen und dafür durch schriftstellerische Arbeiten gedankt hat, aus seinen Listen gestrichen.

— E In der Oper amüsirte sich gestern die Urwähler-Zeitung mit zwei Damen im Proscenium des dritten Ranges so laut, daß sie durch das Zischen der Umsitzenden zur Ruhe gebracht werden mußten.

.·. Herr Emil Girardin hat in seiner „Presse“ die gegenwärtigen Preßprozesse mit den Hexenprozessen der Vorzeit in Vergleich gebracht. Ein Pariser Blatt erinnert als Entgegnung an die Prozesse, welche Herr Girardin selbst in seinem abenteuerlichen Leben schon gehabt hat, woraus hervorgeht, daß an diesem jetzt um jeden Preis socialistisch sein wollenden Journalisten Alles falsch ist, sogar der Namen! Denn der Generallieutenant Alexandre de Girardin, Hofjägermeister unter Karl X., für dessen Sohn sich Girardin in der Gesellschaft ausgab, ließ demselben wegen Anmaßung eines falschen Namens den Prozeß machen, dessen Endurtheil war: daß der angebliche Girardin den Namen des Generals, den er sich unrechtmäßig angeeignet habe, ablege und sich Lamotte nenne, wie er getauft sei. Aber Angesichts dieser rechtskräftigen Verurtheilung hatte er die eiserne Stirn, den Namen, der nicht der seinige war, beizubehalten. Dagegen, als er zur Conscription hinzugezogen werden sollte, schützte der Federheld vor: „Ich kann keinen Geburtsschein beibringen; es ist daher nicht gewiß, ob ich Franzose bin oder nicht; daher brauche ich nicht Soldat zu werden.“ — Wegen des von ihm auf Actien gegründeten Journals: „Musée des familles“ wurde er in einen scandaleusen Fälschungs-Prozeß verwickelt, wobei sich ergab, daß die Dividenden nicht von dem vorgespiegelten Gewinn des Unternehmens, sondern von dem Capitale gezahlt worden. Zwei Mal gelang es dem sogenannten Girardin, sich in die Deputirten-Kammer zu schwindeln, obwohl Voysin de Gartempe öffentlich erklärte: „es sei in seinen Augen die größte Schande, wenn der kleinste Ort in Frankreich durch einen von der Gerechtigkeit gebrandmarkten Menschen vertreten werde.“ Endlich im April 1839 wurde er von der Kammer ausgestoßen, weil ein Mensch ohne Geburtsschein, von dem es unentschieden sei, ob er ein geborener Franzose, unmöglich Vertreter des französischen Volkes sein könne. Die tiefste Wunde, die seiner Eitelkeit geschlagen werden konnte. Seine politischen Schwindeleien seit der Februar-Revolution sind bekannt und reihen sich seinen früheren Actienschwindeleien würdig an. Jetzt thut Girardin ungeheuer socialistisch, und wie das französische Blatt mit Anspielung auf die bekannte Scribe-Aubersche Oper sagt: „der Socialismus findet in dem Eiderant Emil de Girardin den entsprechendsten Teufels-Antheil.“

— †† Theater. Die Geburtstagsfeier Mozarts wurde gestern mit Aufführung der „Zauberflöte“ und der Ouvertüre zur Oper Idomeneus begangen. Frau Köster, welche die Königin der Nacht geben sollte, — war jedoch wieder krank geworden, und die Aufführung konnte daher nur ermöglicht werden, indem Fräulein Kellberg die Parthie übernahm. Dies verdient anerkannt zu werden, wenn auch die Leistung selbst wenig Beifall fand. Den Schluß bildete ein allegorisches Bild mit einer Ansicht des Mozart-Denkmals zu Salzburg, zu beiden Seiten desselben mit Gruppen aus des Meisters Opern: Don Juan, Figaro's Hochzeit, Cosi fantutti, Titus und der Entführung, sehr hübsch arrangirt und von den Mitgliedern des Corps de Ballet trefflich ausgeführt. Das Tableau mußte auf den stürmischen Ruf des Publikums nochmals gezeigt werden.

Im Schauspielhaus wurde das Birchpfeiffersche Schauspiel „Eine Familie“, das seit längerer Zeit nicht auf dem Repertoire war, mit vielem Erfolg gegeben. Sämmtliche Mitwirkende gaben treffliche Leistungen. Herr Hendrichs wurde im 3. Akt bei offener Scene unter anhaltendem Applaus gerufen und außerdem noch 2 Mal mit den Damen Birch, Heppé, und den Herrn Döring und Weiß.

Die prächtigen Kostüme zu der neuen Oper „der Mulatte“ kosten über 1000 Thlr., ein Beweis, daß die General-Intendanz Nichts gespart hat, um die Oper auch von dieser Seite mit größtmöglichstem Glanz in Scene zu setzen. Um so unangenehmer ist es, daß die Wiederholung derselben jetzt durch die Krankheit der Madame Köster unterbrochen zu werden droht, und wäre es sehr zu wünschen, daß die Parthie auch von Fräulein Tuczek einstudirt werde, um so vorkommenden Falles alterniren zu können. —

Der „Prophet“ von Meyerbeer wird erst am Mittwoch in Dresden unter Leitung des Componisten gegeben.

.·. Königsstädtisches Theater. Die Nestroy'sche Posse älteren Styles: „Lumpacivagabundus“ erschien gestern in neuer Besetzung der drei Hauptrollen durch das komische Kleeblatt dieser Bühne; Hr. Grobecker leistete den Schuster, Hr. L'Arronge brachte den Tischler auf die Bretter, und Hr. Edmüller gab dem Schneider den ergötzlichsten Zuschnitt, obwohl ihn eine in dieser Jahreszeit landesübliche Heiserkeit an der vollen Entfaltung seiner Mittel hinderte. Das gefüllte Haus bewies, daß diese gute alte Wiener Posse noch heute einen Rest von jener Anziehungskraft in sich hat, welche, wie man erzählt, so viel zu den Reichthume des Directors Karl in Wien beitrug, daß eine von diesem in Hitzing erbaute Häuserreihe von dem Wiener Volkswitz die Lumpaci-Straße geheißen wurde. Die derbe, hausbackene Komik der Posse, von den Herren Grobecker, L'Arronge und Edmüller drastisch verlebendigt, verfehlt noch jetzt ihre Wirkung nicht, obwohl das Stück keine Spur zeigt von jener politischen Beize, durch welche das Theater-Publikum in letzter Zeit verwöhnt, aber nachgerade auch bis zum Ekel übersättigt worden ist. Namentlich die in Hogarthscher Manier gezeichneten Figuren des immer „fürbaß Faßbier“ zechenden Schusters, gleichwie des „immer mehr Don Juan als Schneider“ spielenden Ritters von der Elle erregten in der Darstellung durch Hrn. Grobecker und Hrn. Edmüller den lebhaftesten Beifall, wogegen Hr. L'Arronge als Tischler, in dessen Hause es dem fidelen Schneider viel zu ordentlich zugeht, als daß er's darin aushalten könnte, mehr das gemüthlich-heitere Element der Posse zur Geltung brachte. — Sind zwei Sängerinnen wie Sga. Fiorentini und Sga. Penco mit Recht ein Triumph für die italienische Oper, so darf sich die Direction andrerseits im deutschen Schauspiele eines Triumvirates von Komikern rühmen, wie es anerkannt kein zweites Theater in Deutschland aufzuweisen hat, und dessen Humor selbst älteren Stücken frischen Reiz zu verleihen vermag. — Da die Posse in Rede bekanntlich nach den „Historien vom großen Loose“, von C. Weisflog, bearbeitet ist, so dürfte es vielleicht nicht uninteressant sein, zu gedenken, welcher Huld sich dieser Schlesische Humorist seiner Zeit von des hochseligen Königs Majestät zu erfreuen hatte. C. Weisflog selbst schreibt darüber in einem Briefe vom 6. Febr. 1827 in seiner humoristischen Weise:

„In den ersten Zirkeln von Berlin, Glogau u. s. w., wo man allerdings gut unterrichtet sein kann, erzählt man sich Folgendes: Seine Majestät unser König sollen in den ersten Tagen seines Unfalles sehr angegriffen gewesen sein (als der König sich den Fuß gebrochen hatte) und die Fürstin von Liegnitz alles nur Ersinnliche angeboten haben, um ihn aufzuheitern, doch vergebens. Da soll ihr mein Herr von Rumpelmeier in der Abendzeitung in die Hände gefallen und der Gedanke beigekommen sein, denselben Se. Majestät vorzulesen, obschon manches Vorgelesene Höchstdieselben gar nicht angesprochen. Aber siehe da, der Herr von Rumpelmeier spricht Sr. Majestät an und besonders erheiternd der Schluß, den Höchstdieselben auf ihre eigene Lage ergötzlichst zu beziehen geruhen. Man verlangt mehr von Weisflog. Die Fürstin liest, und der König wird immer mehr dadurch erheitert. Die Fürstin ist entzückt über diese Wirkung und Erheiterung, die sie Sr. Majestät verschafft, und frägt, ob sie dem Weisflog eine von den Tassen senden dürfe, die Se. Majestät ihr vor Kurzem geschenkt. Der König antwortet: auf jeden Fall. Und so erhält denn der C. Weisflog die allerschönste davon. — Dies ist die Relation. Ich aber bin nicht wenig erstaunt, als mir der Postbote das Kistchen bringt, und ich wirklich diese Tasse mit einem sehr schmeichelhaften Schreiben der Fürstin als ein Andenken an sie verhalte.“ — So Weisflog selbst.

Hohen Staats-Ministeriums ausgeführte That — und wird an ihr und an Einem Hohen Staats-Ministerium mit Gut und Blut festhalten. Ein hohes Staats-Ministerium überzeuge sich, daß die wahre Stimmung des Volks ihm zur Seite steht. Ein Hohes Staats-Ministerium möge daher muthig diesen Weg verfolgen, unter keinen Umständen denselben verlassen, und die unbegrenzte Dankbarkeit, das Glück des geretteten preußischen Vaterlandes, wird den unvergänglichen, auch unsern Nachkommen heiligen Ruhm Eines Hohen Staats-Ministeriums begründen.

Cörlin, den 22. Januar 1850.

Der Verein zum Schutz des Eigenthums und zur Förderung des Wohls aller Volksklassen.

An
Ein Hohes Staats-Ministerium
zu Berlin.

Hohe II. Kammer.

Se. Majestät der König haben in der Botschaft vom 7. Januar d. J. den Kammern Vorschläge zur festeren Begründung der preußischen Verfassung vorzulegen geruhet. Diese Vorlagen sind in Pommern nicht ohne Anklang geblieben und die Mitglieder des unterzeichneten Vereins haben solche in dem Sinne der innigsten Anhänglichkeit an ihr Vaterland und als eine Grundlage zur wirklichen Herbeiführung einer konstitutionellen Verfassung freudig begrüßt. Wir bitten daher Eine Hohe Kammer, diese Grundlagen zur preußischen Verfassung in vollständiger Ausführung anzunehmen und hierdurch dem Lande die längst entbehrte Ruhe wiederzugeben.

Mit dieser Bitte ist zugleich die der Erhaltung des zeitigen Ministeriums, welches ein großes Vertrauen in Pommern besitzt, verbunden, indem wir die Ueberzeugung hegen, daß nur dieses Ministerium die großen Maßnahmen der Zeit in Preußen und in dem damit verbundenen Deutschland fort und weiter zu führen im Stande ist.

Wir bitten, diesen unsern Antrag in geneigte Erwägung zu stellen und die Ueberzeugung anzunehmen, daß solcher mit den Wünschen der Mehrzahl der Bewohner Pommerns in Uebereinstimmung steht.

Cörlin, den 22. Januar 1850.

Der Verein zum Schutz des Eigenthums und zur Förderung des Wohls aller Volksklassen.

An
Eine Hohe II. Kammer
zu Berlin.

Hohe Erste Kammer.

Die Botschaft Sr. Majestät des Königs vom 7. Januar an die Hohen Kammern hat hier in allen Kreisen die innigste Theilnahme und Freude hervorgerufen, wir bitten daher, diese Vorschläge unbedingt annehmen zu wollen, da nur dadurch das Wohl des Vaterlandes gesichert bleibt und die Anbahnung der deutschen Einheit möglich wird.

Belgard, den 22. Januar 1850.

Der patriotische Verein für konstitutionelles Königthum.
Namens desselben und vieler anderer Patrioten
der Vorstand.

Hohe Zweite Kammer.

Die Botschaft Sr. Majestät des Königs vom 7. Januar an die Hohen Kammern hat hier in allen Kreisen die innigste Theilnahme und Freude hervorgerufen, wir bitten daher, diese Vorschläge unbedingt annehmen zu wollen, da nur dadurch das Wohl des Vaterlandes gesichert bleibt und die Anbahnung der deutschen Einheit möglich wird.

Belgard, 22. Januar 1850.

Der patriotische Verein für konstitutionelles Königthum.
Namens desselben und vieler anderer Patrioten
der Vorstand.

Annehmen oder Ablehnen?

Es liegt den Ständen ein königl. Ultimatum in der Verfassungs-Frage vor — denn auch nur die Möglichkeit, daß davon wieder etwas abgehandelt, abgeschwindelt und abgetrotzt werden könnte, wollen wir nicht denken — so wenig wir je zu den Verehrern der gegenwärtigen Räthe des Königs gehört haben. Wohlan — wenn nun Stände diese Propositionen annehmen — was dann? Dann haben wir eine Verfassung, welche trotz aller Zusätze und Emendationen im Wesentlichen alle Gebrechen, alle Widersprüche, alle Unmöglichkeiten, alle Unwahrheiten, alle Confusionen, alle unfruchtbaren Reibungen und Spannungen, alle falschen Wehen des französischen Restaurations-Constitutionalismus verbürgt — und damit das unabweisliche Bedürfniß der constitutionellen Corruptionsschmiere, um die Maschine im Gang zu erhalten — so lange es denn geht! Oder meint man z. B. mit einer solchen Pairskammer wäre mehr beschafft und gewahrt, als mit jener der französischen charte non verité oder verité? Nicht als wenn es an den materiellen und socialen Elementen zu einer wirklichen Aristokratie fehlte! — Aber was helfen die ohne den wahrhaft aristokratischen Sinn und Geist, ohne das Bewußtsein der Aufgabe, der Pflichten, welche unsere Zeit einer wahren, lebendigen, lebensfähigen Aristokratie auf dem weiten Felde der socialen Fragen anweist? Vergebens aber suchen wir nach den Männern dieses Bewußtseins unter den in vieler Hinsicht ohne Zweifel sehr ehrenwerthen, wohlmeinenden und begabten Notabilitäten des hohen Land- und Hof-Adels, des hohen Staatsdienstes, der hohen Wissenschaft, des großen Besitzes, die sich bei diesen Schöpfungsarbeiten legislativ betheiligen, oder die man dabei im Auge haben mag!

Aber ist damit Alles gesagt? Würde das von so vielen ebenso wohlgesinnten als gedankenlosen Patrioten heiß erwünschte Ziel einer Annahme jenes Ultimatums wirklich Preußen nur den Fluch und Schaden einer solchen Verfassung bringen? Gewiß nicht; sondern die bei weitem verderblichste Bedeutung der Sache würde in dem an die Annahme geknüpften Eid auf diese Verfassung liegen. Sie würde darin liegen, daß wir nicht blos ein die wichtigsten Punkte des Staatslebens in bedenklichster, gefährlichster, verkehrtester Weise feststellendes Gesetz erhalten würden, dem wir zu gehorchen haben würden, wie jedem andern guten oder schlechten einzelnen Gesetze — mit aller Freiheit durch gesetzliche Mittel seine Zurücknahme oder Verbesserung zu betreiben, mit allem bona fide Vorbehalt des ultra posse nemo obligatur; sondern die Beamten und vor Allem unser theurer König selbst würden mit ihrer Seelen Seligkeit an dieses specielle Gesetz und seinen todten Buchstaben, mit Ausschluß aller andern bestehenden Rechte und Rechtsgrundlagen gebunden sein. Der König schwört aber hier nicht blos in seinem und seines hohen Hauses, sondern auch in seines Volkes Namen den Eid der Treue, des Gehorsams an und gegen die Revolution — er schwört, mit seiner Seelen Seligkeit dafür einzustehen, daß die todtgeborne Frucht der Revolution leben und gedeihen, daß die dürre Stange des constitutionellen Freiheitsbaumes Wurzeln schlagen und gedeihen solle! Es gehört zwar — wir wissen es — wenig Scharfsinn und Gewandtheit dazu, um diese entsetzliche, ruchlose, König und Volk in seinem innersten Seelen- und Gemüthsleben, seiner gegenseitigen freien Treue zerrüttende Bedeutung dieses Eides für den bloßen dürren Verstand wegzudeuten, zu verhüllen. Man kann z. B. sagen: der Eid hat für Jeden nur die Kraft und Bedeutung, die er ihm zugesteht, und es kann sich Jeder in diesem Sinne ausdrücklich oder stillschweigend verwahren; man kann sagen — — — aber was man auch sagen mag: wo noch im Volke und bei Einzelnen ein lebendiger Kern der christlichen Treue gegen Gott und gegen den König, ein Rest von Bewußtsein der Heiligkeit des Eides ist, da wird sich gegen alle diese wohl- oder übelgemeinten Beruhigungen eine ernste Stimme erheben, die laut und deutlich sagt: „es ist doch nicht so, — es ist doch die Revolution, der wir und der König hier den Huldigungseid schwören sollen! Es ist nicht so, wie ihr es versteht oder glauben machen wollt, eben weil die Revolution, die allein den Eid fordert, ihn anders — ihn gerade so fordert und versteht, wie wir ihn verabscheuen."

Wie die Revolution aber die Eide versteht und hält, die sie zu schwören vollkommen und immer bereit ist, das hat das Jahr 1848 auch dem Stumpfsinnigsten gezeigt; wie sie den Eid versteht, und warum sie so großen Werth auf den Eid legt, den sie von dem Könige und seinen Dienern fordert — das ergiebt sich handgreiflich genug aus dem Geständniß, welches die 6 Wortführer des „ächten Constitutionalismus" jetzt nicht mehr zurückhalten und womit sie nur bestätigen, was wir seit Jahren bezeugt: das Volk verabscheut (von links oder rechts, gleichviel!) entweder diesen Constitutionalismus, oder es frägt Nichts danach; er hat keine Wurzel, keine Stütze im Volk. — Der König ist die einzige wirkliche Macht, von der die Verwirklichung dieser Phrasen und Doktrinen ausgehen kann, und eben deshalb soll der König ihn auf seine Seele nehmen; er soll sein Volk allmälig in dieses heillose Treiben hineinziehen und hineinzwingen!

Aber genug über diese nach allen Erfahrungen der neuen Zeit bei uns und anderwärts und bei der ganzen Lage der Dinge unerhörte Zumuthung eines wahrhaft monströsen Eides!

Kein Mensch jedenfalls wird im Ernst die Thatsache leugnen, daß das Volk, was Nichts von dieser Verfassung wissen will, noch viel weniger etwas von einem solchen Eide des Königs oder seiner Diener auf diese Verfassung wissen will!

Und das Volk hat ein Recht an die Seele des Königs, welche in gewissem Sinne die Seele des Volks ist!

Ist dieser Eid nun die schlimmste Frucht, die von dem Annehmen der Stände zu erwarten — und Gott verzeihe es denen, auf deren Rath und Einfluß diese Bedingung gestellt, diese Möglichkeit eröffnet werden! — so wird eben die Entbindung von dieser Bedingung, die Vermeidung dieses Eides eine hoffentlich sichere Frucht des Ablehnens sein. —

Denn darüber, daß der König dann auch nicht an diese Bedingung gebunden wäre, daß er dann den Eid nicht zu leisten brauchte — wollen wir kein Wort verlieren. Ja, wir sehen das einzige — wenn auch wahrscheinlich absichtlose wahre und unbewußte — politische Verdienst dieses Ultimatums darin, daß es die moderirte Revolution den Hörnern einer unerbittlichen Alternative gegenüberstellt. Entweder sie müssen sich durch Annehmen vollends um allen Credit bringen und an ihren eigenen Phrasen, worin sie sich verfitzt haben, ersticken; oder sie müssen den König der ihm aufgedrungenen Verbindlichkeit des Eides entheben.

Wir glauben und hoffen, daß der „ächte Constitutionalismus" noch genug politischen Stolz, Ehre, Eitelkeit (in seinem Sinne) und zu wenig politische Klugheit haben wird, um sich nicht für die zweite Alternative zu entscheiden!

Also Ablehnen! — Und dann? Nun dann wird im besten Fall der König und das Volk noch eine Frist ernsten Nachdenkens über die Frage gewinnen: wie weit der König überhaupt unter diesen Umständen an dies Verfassungsgesetz — wie weit an das Recht und die Pflicht einer neuen Revision gebunden sein kann? Woran sich dann begreiflich auch die Revision der deutschen Frage knüpfen würde.

Im schlimmsten Fall aber und als geringern, aber doch noch immer unermeßlich großen Vortheil würde sich aus diesem Ablehnen — vorausgesetzt, daß die Räthe des Konigs nicht völlig und unverbesserlich bethört und verblendet — ergeben, daß der König und das Volk diese Verfassung eben nur als ein schlechtes Gesetz über sich ergehen lassen müßten, wie so manche andre schlechte oder mittelmäßige Gesetze — so lange es denn besteht, so weit es ausführbar und bis ein besseres auf gesetzmäßigem Wege an dessen Stelle getreten ist. Wer den Unterschied zwischen einem solchen Gesetz und einer im Sinne der Revolution beschworenen Verfassung nicht begreift oder leugnet, mit dem haben wir kein Wort zu verlieren. Das Volk begreift oder fühlt ihn jedenfalls sehr gut — und die Revolution auch!

Schließlich an die Männer der Rechten die dringende, ernste Bitte, sich die schwere Verantwortlichkeit recht anschaulich zu machen, die sie vor Gott und der Welt auf sich laden, wenn sie in dieser Krise die ihnen anvertrauten persönlichen, amtlichen, socialen und materiellen Gaben und Kräfte der politischen Wirksamkeit nach Oben und Unten und nach allen Seiten, nicht viel thätiger und umsichtiger, viel entschiedener und beharrlicher und vor allen Dingen mit viel mehr Parteieinigkeit und Parteidisciplin verwenden, als bisher leider in dieser und andern wichtigen Fragen wenigstens äußerlich und im Großen und Ganzen zu spüren gewesen ist.

Auch hier möchte einmal ein furchtbares „zu spät!" eintreffen. Mögen sie nicht vergessen, daß es noch ein anderes Maaß für die Pflichten ihrer Gaben und ihrer Stellung ist, als das, welches ihnen in so mancher wohlmeinenden und, so weit sie geht, wohlverdienten Dankadresse oder in der Gunst hoher und höchster Kreise angelegt wird. Mögen sie vor allen Dingen nicht vergessen, daß mindestens die beste, d. h. die treuste Hälfte des preußischen Volks auch nach derjenigen Constitution wenig oder Nichts frägt, welche die Rechte ausdrücklich oder stillschweigend empfiehlt oder anerkennt.

Diese Hälfte des Volks hat bisher auch auf der Rechten keinen offenen, entschiedenen Vertreter gefunden, obgleich die Wahlen der Rechten von ihr hauptsächlich entschieden worden sind. Um so mehr denn ist es die heilige Pflicht der Rechten, dieser Hälfte des Volks Alles zu ersparen, was sie selbst nicht als absolut unentbehrlich oder unvermeidlich ansehen, woran sie selbst nicht unbedingt durch Glauben, oder sonst sich gebunden fühlen.

Hier aber wie in allem, was heut zu Tage noch des Kampfes werth, gilt es, vor allen Dingen und unter allen Umständen, ein Zeugniß, ein Banner erheben — wäre es auch nur für die Zukunft. Die moralischen Siege oder Niederlagen entscheiden auf die Länge allein. Und Schweigen, wo man reden kann, darf und muß, ist immer eine Niederlage. Rechtes Reden, wenn es das trifft, was Noth thut vor Gott und Menschen, ist immer ein Sieg.

Die anderweitigen formalen oder materiellen Erfolge werden durch solche Siege nie, durch solche Niederlagen nimmer präjudizirt — was auch der Schein politischer Klugheit dagegen einwenden mag.

Berlin, den 24. Januar 1850.

V. A. H.

Schuster, bleib' bei Deinem Leisten!

Der Stadtverordneten-Versammlung zu Gollnow

diene in Bezug auf die Erklärung vom 15. d. Mts. in Nr. 16. dieser Zeitung zur Beruhigung, daß

1) eine Stadtverordneten-Versammlung, als solche, zu nichts weiter verpflichtet und berufen sei, als das Beste der Commune, welche sie zu Vertretern gewählt, nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen,
2) daß jede Ueberschreitung dieser Befugniß, d. h. jede unberufene Einmischung in Dinge, welche die Commune nicht unmittelbar betreffen, deren Vertreter mithin nichts angehen, vom Uebel sei.

Hätten alle gleichnamigen Collegien im Vaterlande dies immer gehörig beherziget, wahrlich! es wäre in den letzten zwei Jahren manch unnützes Wort weniger gesprochen, manch Unheil weniger angerichtet worden.

Was nun den vorliegenden Fall anlangt, so verwahrt sich Einsender seinerseits gegen ein Mißverständniß, denn er muß bekennen, daß er aus der Fassung der angeführten Erklärung den Sinn und die Absicht nicht zu ergründen vermocht, welche die würdigen Väter der Stadt Gollnow geleitet, als sie dieselbe vom Stapel ließen.

Handelte es sich dabei einzig und allein um eine wohlverdiente Anerkennung, welche sich ein Truppentheil nach langem Aufenthalt in der Stadt, versteht sich in außerdienstlicher Beziehung, bei den Einwohnern erworben, so wäre dagegen kein Zweifel zu erheben, vorausgesetzt, daß dies in passender Form, am passenden Orte ausgesprochen wurde. Unter passender Form verstehen wir in Gemeinschaft mit dem Magistrat — unter passender Art — in diesem ganz speziellen Fall! — das Königl. General-Commando oder das Kriegsministerium.

In dieser Zusammenstellung aber der Oeffentlichkeit übergeben, müssen wir dieses Verfahren eben als ein Ueberschreiten der Befugnisse, als ein völliges Verkennen der obwaltenden Verhältnisse bezeichnen. Eine unmaßgebliche Ansicht, welche zweifelsohne Ein Wohllöblicher Magistrat auch theilen dürfte, denn sonst würde er jener Erklärung beigetreten sein? — Fast scheint es, als ob die Stadtverordneten von Gollnow ihr gutes Recht wahren wollen, allemal erst gefragt zu werden resp. mitzusprechen, bevor ein Preußischer Heerführer sich erlaubt, ein Urtheil über die Kriegstüchtigkeit, d. h. die Disciplin, der ihm untergebenen Truppen zu fällen, event. diesem Urtheil ihr eignes entgegen, oder mindestens zur Seite zu stellen?

Wie gesagt: Fast scheint es so!

Denn, dunkel war der Rede Sinn!

Uebrigens vergißt sich Einsender keinesweges so weit, dem Individuum das Recht der freien Meinungs-Aeußerung, von welchem er selbst in diesen Zeilen den möglichst ausgedehnten Gebrauch zu machen wünscht, abzusprechen. Nur sollten wir diesem rein persönlichen Recht nie eine höhere Geltung und Einfluß auf unsere Handlungen einräumen und gestatten, als den heiligen Pflichten und Verbindlichkeiten, welche uns ein jedes Amt, mithin auch das eines Stadtverordneten, auferlegt, und welche wir mit Uebernahme des Amtes selbstredend anerkennen.

Bei Liegnitz. v. Mellentin.

Die Wahlmänner

werden auf die Namen der Deputirten aufmerksam gemacht, die durch ihre Abstimmung in der Wahl des 26sten dazu mitgewirkt, daß der Art. 4. der Königl. Botschaft, die Fideicommisse betreffend, nicht durchgegangen, also ihrer verdorbenen Phantasie das Recht Anderer geopfert, die Lehre beachtend, das wenn es nicht Gewissenssache, das Eigenthum Anderer zu ehren, wohl öfter dazu Veranlassung finden wird. — —

Die Herren Wahlcommissarien werden gebeten, sich die Abstimmungslisten zu verschaffen, um den Wahlmännern Auskunft zu geben.

Erwiderung.

Der Herr Scheidtmann, der sich auch Peter Minus nennt, hat in der constitutionellen Zeitung sieben Artikel einrücken lassen, welche ein Gewebe von Verläumdungen und absichtlichen Verdrehungen gegen den Adel, von ihm Junkerthum genannt, und gegen meine Person enthalten.

Als factisch will ich nur berichtigen, daß die in dem 5ten Aufsatz enthaltenen Beschuldigungen: ich hätte im Jahre 1814 den Capitals-Besitzern 10 pCt. zum Vortheil der Gutsbesitzer rauben wollen, durchaus falsch ist. Als Beweis werden von dem Verfasser einzelne, aus dem Zusammenhange herausgerissene Worte eines von mir im Jahre 1814 dem Staatskanzler eingereichten Planes, die Ordnung der Creditverhältnisse der Grundbesitzer in Pommern betreffend, angeführt. Hierin liegt eine absichtliche Verdrehung des Sachverhältnisses, und der Herr Verfasser kann sich dieser Beschuldigung nur entziehen, wenn er die ganze Eingabe, aus welcher er obige Behauptung herleiten will, veröffentlicht, wodurch dann ein ganz anderes Resultat sich ergeben wird.

Ich halte es meiner unwürdig, mich auf eine weitere Widerlegung einzulassen. Meiner Handlungsweise und meinen politischen Ansichten hat das große Publicum des In- und Auslandes seit 40 Jahren Gerechtigkeit widerfahren lassen, und mich gegen diejenigen zu vertheidigen, auf welche Herr Peter Minus einzuwirken sich bemüht, verachte ich. Ebenso unwürdig würde es sein, den preußischen Adel gegen die Verläumdungen des Verfassers vertheidigen zu wollen. Die Geschichte wird demselben die wohlverdienten Lorbeeren bewahren, trotz aller Ekelnamen, die man ihm zu geben bemüht ist. Seine Verdienste um König und Vaterland sind groß, ohne ihn wäre Preußen jetzt nicht das, was es ist, eine Großmacht. Welches andere Reich in Europa kann auf einen Adel hinweisen, aus welchem, wie unsere Kriegesgeschichte beweiset, so viele Helden hervorgegangen sind? Sein Verbrechen ist, aus einer früheren Zeit Privilegien ererbt zu haben; sein Verdienst, daß er in seiner großen Mehrzahl sich nicht seiner Macht bedient hat, um sich ihrer Aufhebung zu widersetzen. Ja die große Mehrheit des Adels ist mit dieser Aenderung der Verhältnisse zufrieden, weil sie zu einer innigeren Verschmelzung der bisher getrennten Volksklassen führen wird, und der vorurtheilsfreiere Theil der Nation wird es einsehen müssen, wie nachtheilig und ihren eigenen Interessen entgegen es sei, eine frühere Animosität immer wieder durch gehässige Aufreizung anzufachen. Gleiche Interessen verbinden jetzt alle Klassen, und nur gemeinschaftliches Wirken macht stark. —

(gez.) von Bülow-Cummerow.

Ein mir so eben erst zu Gesicht gekommener Aufsatz in der Vossischen Zeitung vom 9. d. M. giebt mir Veranlassung zu erklären, daß es grundfalsch ist, wenn darin gesagt wird, der Herr Professor Stahl habe am 5. d. M. zu Neustadt-Eberswalde einen Vortrag gehalten, worin er entschieden erklärt habe, daß es ihm lieb wäre, wenn Preußen für sich bleibe, und er sich nicht um die deutsche Einheit, sei es in Frankfurt oder in Erfurt, kümmere. Es hat vielmehr der Herr Professor Stahl zur Freude aller in Neustadt-Eberswalde versammelt gewesenen Vorstands-Mitglieder des monarchisch-constitutionellen Urwähler-Vereins ganz einfach erklärt, daß er ein einiges Deutschland, bei welchem unser preußisches Vaterland an der Spitze stände, von Herzen wünsche, und dies, glaube ich, wünschen die wahren Vaterlandsfreunde alle.

Freienwalde a. d. O., den 25. Januar 1850.

Der Landrath Ober-Barnimschen Kreises und Vorsitzende des monarchisch-constitutionellen Urwähler-Vereins der Kreise Angermünde, Ober- und Nieder-Barnim.

Graf von Haeseler.

Familien-Anzeigen.

Verheirathet:
Wolfgang von Hagen, Lieutenant und Adjnt. im 31. Inf.-Regm.
Amalie von Hagen, geb. Silberschlag.
Magdeburg, den 26. Januar 1850.

Verlobt: Frl. Mathilde Rubach mit Hrn. A. S. Breuer hiers.
Verbunden: Hr. Commerzienrath Neuburger mit Frl. Amalie Bißeur hierselbst.
Geboren: Ein Sohn dem Hrn. Dr. Koblanck hiers.; Hrn. Jul. Grasnick hiers.; Hrn. Alb. Arndt hiers.; Hrn. Jul. Sehlmann hiers.; eine Tochter dem Hrn. Reg.-Sekr. Braumüller hiers.; Hrn. M. Mohr hiers.

Königstädtisches Theater.

Dienstag, den 29. Januar. Berlin bei Nacht, Posse mit Gesang in 3 Akten, von D. Kalisch. Vorher: Herr Lehmann, monologische Scene mit Gesang, als Prolog vorgetragen von Hrn. Grobecker.

Zur Unterstützung für die durch die Ueberschwemmung Nothleidenden im Guhrauer Kreise sind ferner bei uns eingegangen:

Vom Cantor Schultze in Sachsendorf 25 Sgr. v. Thiesenhausen in Hof 5 Thlr. Namens mehrerer Einwohner in Rahden der Cassen-Controlleur Kattem 8 Thlr. W. v. L. 6 Thlr. Summa 19 Thlr. 25 Sgr. Mit Hinzurechnung der frühern Beiträge 306 Thlr. 6 Pf.

Zur Unterstützung der Angehörigen der in Berlin, Posen, Mainz, Frankfurt a. M., Schleswig-Holstein, Dresden, Pfalz, Baden rc. gebliebenen, so wie der verwundeten und vermißten Preußischen Krieger sind ferner eingegangen:

Vom Hauptmann der 4. Gensdarmerie-Brigade von Harthausen nachträglich gesammelt 2 Thlr. Von dem Königlichen Landrath Freiherrn von Zedlitz-Neukirch in Schönau in seinem Kreise nachträglich eingegangen 1 Thlr. Summa 3 Thlr. Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 856 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf.

Börse von Berlin, den 28 Januar.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	143⅞ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	143 G.
Hamburg	300 Mk.	kurz	151⅞ bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅞ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26⅞ bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81 G.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	90⅞ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅞ B.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99½ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅞ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 24 G.
Petersburg	100 SR.	3 W.	108⅞ G

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106½ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	
St.-Schuld-Sch.	3½	88½ bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ bez.
Seeh. Präm.-Sch.	—	104 bez.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	96 bez.
K. u. Nm.Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	
Berl. Stadt-Oblig.	5	105½ bez.	do. Lit.B. gar. do.	3½	
do. do.	3½		Pr. B.-Anth.-Sch.	—	94½ à 94 bez.
Westpr. Pfandbr.	3½	91 bez.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	100½ G.	And.Goldm. à 5 th.	—	112½ bez.
do. do. do.	3½	91 G.	Disconto		

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische	4	44½ a ½ bz.	Magdeb.-Wittenb.	4	63 bez.
do. Prior.	5	100½ B.	Mecklenburger	4	34 B
Berl.-Anh. A. B.	4	91 a ½ B. bz.	Niederschl. Märk.	3½	84½ a ½ bz. u. B.
do. Prior.	4	96½ B.	do. Prior.	4	95½ B.
Berl.-Hamburger	4	79½ bz.	do. Prior.	5	104 bez. u. B.
do. Prior.	4½	100 bz.	do. 3. Serie	5	103½ bez.
do. 2. Em.	4½	97 B.	N. Schl. M. Zwgb.	4	30 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	65 bz.	do. Prior.	4½	80 B.
do. Prior.	4	93½ bz. G.	do. Prior.	5	90 B.
do. do.	5	102a½ bz.	do. St. Prior.	5	
do. do.Lit.D.	5	100 B.	Oberschl. Litt. A.	3½	106½ bez.
Berl.-Stettin	4	107½ bez.	do. Litt. B.	3½	104½ G.
do. Prior.	5	104½ G.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz.W. (St. Voh.)	4	32 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	96½ G.
Cöln-Minden	3½	95½ a ⅞ bez. B.	do. II. Serie	5	85 B.
do. Prior.	4½	100½ a ½ bz.	Rheinische	4	45 G.
do. do.	5	103½ a 104 bz	do. St.-Prior.	4	77½ B.
Crac.-Oberschl.	4	74 a ½ bz.	do. Prior.	4	89 G.
do. Prior.	4	86 B.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	4		Stargard-Posen	3½	84½a85 bz.u.B.
do. Prior	4	87 G.	Thüringer	4	66½ bez.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	45 a ½ a 45 bez.	do. Prior.	4½	98½ bez. u. B.
do. Prior.	5	100½ bz.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	
Kiel-Altona	4	94 B.	do. Prior.	5	
Magdeb.-Halber.	4	141 B.	Zarskoje-Selo	—	80 B. ex coup.
Magdeb.-Leipz.	4				
do. Prior.	4	98½ G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	111 bez.	poln. P.-O. à 500fl.	4	81 bez. u. B.
do. 1. Anl. b. Hope	4		do. do. à 300fl.	—	122 a 123 b. u. B.
do. 2-4. A. b. Stiegl.	4	89⅞ G. V. 89 G.	poln. Bank-C.L.A.	5	94⅞ bez. u. G.
do. poln. Schatz-O.	4	80 bez. u. B.	do. do. L.B.	—	17 B.
poln. Pfandbr. alte	4	95⅞ G.	Kurh.P.Sch. à 40th.	—	32⅞ bez. u. G.
do. do. neue	4	95⅞ G.	N.Bad.Anl. à 35Fl.	—	18⅞ bez. u. G.

Einige Effecten, besonders Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Actien, bezahlte man in Folge des vorgestrigen Kammer-Votums höher, doch war die Steigerung der Course durchaus nicht allgemein und zu den erhöhten Preisen, zumal auf spätere Lieferung, vielseitige Verkaufslust, weshalb es im Ganzen auch matter schloss; das Geschäft war nicht sehr bedeutend.

Berliner Getreidebericht vom 28. Januar.

Weizen loco n. Qu.	54 — 57	Rüb-Oel loco	13½ B.
Roggen do. do.	27 — 29	pr. Januar	13½ bez. u. B.
pr. Frühjahr	27½ B. ½ G.	pr. Jan./Febr.	13⅞ B. 13½ G.
pr. Mai/Juni	28 B. 27½ G.	pr. Febr./März	13½ B. 13 1/12 G.
Hafer loco n. Qu.	17—19	pr. März/April	13½ B. 1/12 G.
pr. Frühjahr	16½ B.	pr. April/Mai	12 11/12 B. 13 G.
Gerste, große, loco	23 — 25	Spiritus loco o. F.	14 bez.
do. kleine, loco	21—22	do. mit Faß	14
Rapps	kein Umsatz	pr. Januar	14
Rübsen	do.	pr. Frühjahr	14½ B. ⅞ bez.
Lein-Oel loco	12½		

Roggen und Spiritus unverändert. Rüböl pr. Frühjahr Anfangs höher bezahlt, blieb späterhin wieder mehr offerirt.

Amtliche Spiritus-Preise.

Berlin, den 27. Januar. Die Preise von Kartoffel-Spiritus waren am 25. d. Mts. 14 1/12 und 14 Rt., und am 26. 14 Rt. frei ins Haus geliefert pr. 10,800 % Tralles.

Auswärtige Börsen.

Paris, den 24. Januar. Rente sehr fest, besonders gegen baar, die Speculanten zögerten dagegen, sich auf die hohen Course einzulassen. — 3% Rente p. C. 57,65, p. ult. 57,70. 5% Rente p. C. 94,60, p. ult. 94,55. Bank-Actien 2365. Span. 3% 37. Nordbahn 467½.

Paris, den 25. Januar. 3% Rente 57,65. 5% Rente 94,50. — Nordbahn 465.

London, den 23. Januar. Consols unbelebt und niedriger, in fremden Fonds dagegen zahlreiches Geschäft. Consols pr. C. 96⅜ a ¼, a. Z. 96½ a ⅜. Int. 54½. Neue russ. Anleihe 3⅜ % Prämie. Ardoins 18⅛. Span. 3% 36½. Mex. 29¼.

London, den 24. Januar. Consols p. C. 96⅛ a ¼, a. Z. 96⅜ a 96½.

Amsterdam, den 25. Januar. Integr. 55 1/16. Arnheim —. Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 12⅞. Coupons 8 1/16. Span. 3% 29 11/16. Portug. 37 1/16. Russen 105⅜. Stieglitz 85. Metall. 82, do. 2½% 43 5/16. Merik. 29¼. London 11,97½ G. Hamburg 34 13/16 G.

Die meisten Fonds ziemlich unverändert, nur russ. etwas angenehmer, portug. dagegen flauer.

Breslau, den 26. Januar. Poln. Papiergeld 95⅝ G. Oester. Banknoten 91½ bez. Poln. 500-Fl.-Loose 80½ B. Schatz-Obligationen 4% 80 B. Oberschl. Lit. A. 106½ B., do. B. 105 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 78½ G. Sächsisch-Schlesische —. Niederschlesisch-Märkische 85 B. Cosel-Oderberg 64 B. Cöln-Minden 95½ G. Neiße-Brieg 36½ B. Krakau-Oberschlesische 74½ B. Krakau. Prior. 4% 85½ B. Fr.-W.-Nordbahn 44½ B.

Leipzig, den 26. Januar. Leipzig-Dresden E.-A. 107¼ G. — Sächsisch-Baierische 86⅝ B. Sächsisch-Schlesische 94¼, 93¾. Chemnitz-Riesa 25¾ G. Löbau-Zittau 17½ G. Magdeburg-Leipzig 210 B. — Berlin-Anhalt. 90½ bez. Crakau-Oberschlesische 74½ B. Köln-Minden 95 B. Fr.-W.-Nordbahn 44¾ B. Altona-Kiel 94 B. Anhalt-Dessauer Landesbank 118½ G. Preuß. Bank-Antheile 94 B. Oester. Banknoten 91¼, 91.

Wien, den 25. Januar. Metall. 94¾, ⅝. 2½% 51. 50. Bank-actien 1138, 1136. Loose von 1834 174½, 174½, do. von 1839 109, 108½. Nordbahn 110½, ¼. Mailand 83¾, ¼. Gloggnitz 115½, 115. Pesth 88½, ¼. Amsterdam 156½ G. Augsburg 113 G. Frankfurt 112¼ G. Hamburg 165¼ B. London 11,17 G. Paris 133½ G. Gold 19⅞. Silber 11¾.

Alle Fonds und Actien niedriger, nur Gloggnitzer beliebt. Contanten wenig verändert. Wechsel begehrt, ohne viel Umsatz.

Hamburg, den 26. Januar. F.-C.-A. 87 B. u. G. Freiwillige Anleihe 106½, 106. Russen 106, 105½, do. neue 4½% 94¼ B. u. G. Stieglitz 84½, 84. Dän. 70½ B. Ardoins 11½, 11. Span. 3% 28¾, ¼. Berlin-Hamburger 78 B. u. G. Magdeburg-Wittenberge 62 B. u. G. Köln-Minden 94¾, ¼. Fr.-W.-Nordbahn 43½, 43. Kiel-Altona 93 B. Mecklenburger 34 B.

Fonds unverändert, C.-A. flau, Geschäft unbedeutend.

Frankfurt a. M., den 25. Januar. Bank-Actien 1258, 1253. Metall. 85, 85¾. 250-Fl.-Loose 98, 97½. 500-Fl.-Loose 156, 155½. Preuß. Staatsschuld-Scheine 89¼, 88¾. Köln-Minden 96, 95½. Span. 3% 29⅞, 29⅝. Integr. 55½, ¼. Berbach 85½, 84¾. Sardin. Loose 33½, 33. Poln. 300-Fl.-Loose 121½ B., do. 500-Fl.-Loose 81¼, 81. Kurhess. 40-Rt.-Loose 32⅞, 32⅝. Fr.-W.-Nordbahn 45¼, 45. Badische 35-Fl.-Loose 32¾, 32½. Taunusbahn-Actien 306, 303.

Bei beschränktem Handel wurden auch heute mehrere öster. Fondsgattungen, so wie einige Gattungen süddeutscher Anlehnsloose etwas billiger abgegeben.

Frankfurt a. M., den 26. Januar. Nordbahn 44½. Span. 3% 29½. Metall. 84⅝. Bad. 32½.

Auswärtige Getreideberichte.

London, 23. Januar. Getreide ohne Leben, Preise unverändert.

Amsterdam, 25. Januar. Getreide und Leinsaamen ohne Umgang. Kohlsaamen auf 9 Faß pr. April 73 £., pr. Septbr und October 61 £. Rüböl wie früher, pr. 6 Wochen 45½ Fl., in der Stadt 46½ Fl., effect. 44½ Fl., pr. Mai 42½ Fl., pr. Sept. — October — November — Dezember 36¼ Fl. Leinöl williger, auf 6 Wochen 32½ Fl., effect. 31½ Fl., pr. März und April 32 a 31¾ Fl., pr. Mai 32 Fl. Hanföl auf 6 Wochen 38¼ Fl., effect. 37¼ Fl. Rübkuchen 52 a 56, Leinkuchen 6½ a 9½ Fl.

Breslau, 26. Januar. Die flaue Stimmung an unserem Getreidemarkte machte sich sehr fühlbar, wir bemerken, daß viele unserer Käufer jetzt sehr zurückhaltend sind, und nur auf feinste Waare in Weizen reflectiren, die noch immer 1 a 2 Sgr. über Notiz bezahlt werden, dagegen ist es mit allen anderen Feldfrüchten sehr matt, besonders vernachläßiget ist Roggen.

Weißer Weizen 40 — 54 Sgr., gelber 39 — 51 Sgr., Roggen 23½ — 27 Sgr., Gerste 20 — 24 Sgr., Hafer 16 — 18 Sgr. und Kocherbsen 27 — 28 Rt.

Oelsaaten wenig angeboten, Rapps 98 — 106, Rübsen 75 — 86 Sgr. und Leinsaat 1⅚ — 2⅙ Rt.

Für Kleesaat zeigen sich immer Reflectanten, weiße Saat 5 — 13½ und 14 Rt., rothe Saat 9 — 14½ Rt., und feinstes 15 — 15¼ Rt.

Spiritus willig 5 11/12 Rt. zu bedingen, für Kleinigkeiten 6 Rt., Lieferungsgeschäfte fanden nicht statt.

Rüböl ohne Veränderung.

Zink ab Gleiwitz a 4 Rt. 26 Sgr., loco 4 11/12 Rt. zu bedingen, 5 1/12 Rt. wird verlangt.

In Rübenzucker bleibt das Geschäft ruhiger, vernachläßigt sind besonders Farine, dagegen Melis etwas mehr gesucht; wir notiren hellgelben Farin 13½ — 14 Rt., weißen Farin 15⅓ — 15⅔ Rt., Melis 16½ — 17½ Rt., und Raffinade 17 — 18¾ Rt.

Stettin, 26. Januar. Schles. Weizen 89 U abzuladen ist zu 50 Rt. am Markt.

Roggen pr. Frühjahr 82 U. 27½ Rt. B.

Rüböl pr. Januar 12⅞ Rt. bez., pr. Januar — Februar 12⅞ Rt. gef., pr. März — April 12 7/12 Rt. gef., pr. April — Mai 12 5/12 Rt. gefordert.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle 26¼ a ⅜ % bez., aus zweiter Hand ohne Faß 25½ % gefordert, pr. Frühjahr 24½ %, pr. Juni — Juli 23¼ % bez.

Fink 5⅓ Rt. bez.

Inhalts-Anzeiger.

Heute fehlt uns wieder die französische und englische Post vom 25. Jan.

Inserate. Geschäfts- und vermischte Anzeigen. Handels- und Börsennachrichten.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.